

Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Preuss. Saar- und Rheinland, Ostpreuss. Litauen, Kurland, 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Revue“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Wälderwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 10 Pfennig. Reklamierleistung 1. Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des letztgedruckten Wortes 20 Pfennig (außer zwei letztgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Verlagsmarkt Seite 40 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Konzerte für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 23. Dezember 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsbüro: Berlin SW 68 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45. Distrikts-Geldkassa, Postfach 1144, Berlin SW. 68.

Pariser Proteste gegen Landau.

Sozialistische Interpellationen angekündigt.

Paris, 22. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Auf der Rechten hat das Landauer Urteil verfallene Verlegenheit, auf der Linken heftigen Protest ausgelöst. Hier zeigt man sich besonders über die lebhafteste Entrüstung beunruhigt, die der Urteilspruch in der öffentlichen Meinung Deutschlands hervorgerufen hat und über die eventuellen Rückwirkungen, die das auf die kaum begonnene Verständigungspolitik zwischen den beiden Völkern haben könnte. Das „Deuore“ hat bereits am Mittwochmorgen das Landauer Urteil als verwerflich gekennzeichnet.

In der Abendpresse der Linken vom Mittwoch ist der Ton noch schärfer. Das neue große Linkenorgan „Le Soir“ erklärt, das Urteil werde sicherlich zum europäischen Frieden nicht beitragen; man finde in ihm weder Sinn für Gerechtigkeit noch für vernünftige Politik. Wieder einmal mehr habe ein Kriegsgericht gezeigt, daß es unfähig sei, die Dinge anders als durch die militärische Brille zu sehen; das Landauer Gericht habe gar nicht den Sinn des Dramas verstanden, worüber es zu richten hatte, noch sich über die Schlüsse Rechenschaft gegeben, die man aus seinem Urteil irgendwie ziehen könnte. Es sei besonders gefährlich und charakteristisch, daß sogar der Regierungskommissar sich gegen jede Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen ausgesprochen zu müssen glaubte; er habe diese Entspannung nämlich als die Ursache der Landauer Schieberei hingestellt! Ohne Zweifel, schließt das Blatt, hat das Landauer Kriegsgericht eine verhängnisvolle Rolle in bezug auf den europäischen Frieden gespielt, indem es noch sieben Jahre nach dem Waffenstillstand Kriegsziele verfolgt.

In bitterer Ironie äußert sich der „Paris Soir“: „Welch prächtiges Urteil! Wie glänzend beweist es, daß sich nichts an dieser wunderbaren Institution geändert hat, die man Armee nennt. Was überrascht uns eigentlich an dem Urteil? Das Kriegsgericht hatte mehrere Angeklagte, einen französischen Offizier und mehrere deutsche Zivilisten, abzuurteilen. Es hat den Offizier freigesprochen und die Zivilisten verurteilt. Entspricht das nicht ganz der Tradition und dem Brauch? Man hält uns entgegen, daß das Urteil inopportun sei und das Verhältnismäßigkeit der Staatsmänner der beiden Länder zu fördern riskiere. Man lasse uns doch in Ruhe mit solchen Redensarten. Ist es die Rolle eines Kriegsgerichts, Frieden zu stiften?“

Der deutsche Botschafter hat bereits am Mittwochmorgen im Außenministerium vorgelesen und über die lebhafteste Entrüstung Mitteilung gemacht, die das Landauer Urteil in Deutschland ausgelöst hat. Es hat gleichzeitig auf die gefährlichen Folgen hingewiesen, die ein derartiger Zustand für die vernünftige Entwicklung der deutsch-französischen Verständigungspolitik haben könnte.

Es ist anzunehmen, daß in allerzürstester Zeit die sozialistische Fraktion eine Interpellation über das Urteil in der Kammer einbringen wird. Das Telegramm des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie an die französischen Sozialisten entspricht vollkommen deren eigener Auffassung.

Die Revisionsmöglichkeiten.

Ueber die Revisionsmöglichkeiten des Landauer Urteils sind, wie aus verschiedenen deutschen Pressekommentaren hervorgeht, irrtümliche Ansichten verbreitet, die auf mangelnder Kenntnis des französischen Strafrechts beruhen.

So wird im „Berliner Tageblatt“ die Erwartung ausgesprochen, daß der Anklagevertreter Berufung gegen den

Freispruch Rouziers einlege. Das ist leider nicht möglich. Das französische Strafrecht — sowohl das zivile wie das militärische — kennt kein Berufungsrecht für den Anklagevertreter. Ein Freispruch ist immer endgültig. Das ist in diesem Fall zweifellos sehr bedauerlich, aber im allgemeinen liegt darin ein starker Schutz für den Angeklagten gegenüber dem Staatsanwalt.

Das Berufungsrecht steht nur dem Beurteilten zu. Leider sind die Berufungsmöglichkeiten in der Militärgerichtsbarkeit beschränkt. Eine zweite Instanz gibt es nicht. Nur der Kassationshof in Paris kann ein Urteil wegen Formfehler — ähnlich wie in Deutschland das Reichsgericht in Leipzig — aufheben und an ein neues Kriegsgericht zurückverweisen. (Das würde aber in diesem Falle nur für die deutschen Angeklagten gelten, nicht für den freigesprochenen Rouzier.)

Im Falle des Generals von Nathusius, der im November 1924 vom Kriegsgericht in Lille verurteilt worden war, war zunächst Revision eingelegt worden. Da aber die Unschuld des Generals offenbar war und da die Begnadigung eines Verurteilten nur möglich ist, wenn ein Urteil rechtskräftig, d. h. endgültig ist, kamen die deutsche und die französische Regierung damals darin überein, Nathusius zu bewegen, auf die Revision zu verzichten, worauf die Begnadigung sofort durch den Präsidenten Doumergue auf Anraten von Herriot erfolgte.

Es muß nun die Frage geprüft werden, ob es nicht zweckmäßig wäre, ähnlich wie damals zu verfahren und sich darüber mit der französischen Regierung zu verständigen. Denn es ist kein Zweifel daran, daß das Kriegsgerichtsurteil von Landau Brand mindestens ebenso peinlich ist, wie das Kriegsgerichtsurteil von Lille Herriot unangenehm berührt. Ein nachträglicher Verzicht auf Revision bei gleichzeitiger Begnadigung der Deutschen wäre vielleicht das Zweckmäßigste, da eine Umlochung des Freispruchs von Rouzier leider doch nicht möglich ist. Und was die Ehre der verurteilten Gernersheimer betrifft, so kann sie durch ein französisches Kriegsgerichtsurteil nicht bestreift werden, sie braucht also auch nicht reingewaschen zu werden.

De Margerie bei Stresemann.

Der Reichsaußenminister empfing am Mittwoch den französischen Botschafter in Berlin, den er auf die allgemeine Entrüstung des deutschen Volkes über das Landauer Urteil und auf die sich hieraus ergebenden Gefahren für die Verständigungspolitik aufmerksam machte. Der französische Botschafter erstattete daraufhin sofort Bericht an das Auswärtige Amt in Paris.

Der Protest beim Besatzungskommando.

Koblenz, 22. Dezember. (M.B.) Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Botschafter Freiherr Langwerth von Simmern, hat heute dem Stellvertreter des hiesigen französischen Oberkommandos gegenüber die tiefe Erregung der Bevölkerung des besetzten Gebiets über das Urteil von Landau zum Ausdruck gebracht und die Besorgnis ausgesprochen, daß dieses Urteil die von den Locarno-Mächten verfolgte Politik der Verständigung und Befriedung in beklagenswerter Weise beeinträchtigen könnte.

Im gleichen Sinne hat sich der Reichskommissar telegraphisch an den in Paris weilenden Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission, Tirard, gewandt.

Kurswechsel in Polen?

Die Bedeutung des sozialistischen Kongressbeschlusses.

Zu unserer Drahtmeldung über den Parteitagbeschluss der polnischen Sozialisten — Opposition mit dem Ziele: Umwandlung der Regierung — erhalten wir noch folgende Erläuterung unseres Warschauer Berichterstatters:

Aus der Resolution geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Vertreter des sogenannten Parteizentrums sowie die Anhänger Biljubstis immer noch die Mehrheit haben, obwohl die breiten Arbeitermassen zweifellos zu der radikalen Minderheit stehen, die Biljubstis und der gegenwärtigen Regierung gegenüber allerhöchste Opposition einnehmen will. Da die Partei ihren Standpunkt vor Wahlen sicherlich einer Revision unterziehen müssen, ist der gestrige Beschluss daher als eine Aufforderung an die Regierung zu beurteilen, der die Sozialisten noch einmal ihre Mitarbeit anbieten, falls sie von ihrem bisherigen antiparlamentarischen und asozialen Kurs abzuweichen bereit wäre. In der sozialistischen Partei hält man eine solche Schwächung für durchaus möglich; hierfür soll sich Staatspräsident Moscicki einsetzen, der unlängst eine längere Unterredung mit dem Abgeordneten Genossen Dr. Diamond gehabt hat. Im anderen Falle, so sieht die Resolution durchsichtigen, würde die P.P.S. alles aufbieten, um der Regierung eine ge-

schlossene Front sämtlicher sozialistischen und demokratischen Parteien entgegenzustellen.

Blutiger Kampf zwischen Arbeitern und Polizei.

Warschau, 22. Dezember. (M.B.) In Dzwiniacz in Ostgalizien kam es gestern mittag zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeitern einer dortigen Erdwachsgrube. Die Arbeiter, die wegen Lohnstreitigkeiten schon seit Monaten streikten, verlangten die Stilllegung der Grube, die vor einigen Tagen durch neue Arbeiter in Betrieb gesetzt worden war. Als dieses Begehren abgelehnt wurde, rüsteten sich die streikenden Arbeiter, nachdem sie sich mit Säcken, Eisenstangen und Steinen bewaffnet hatten, zum Sturm auf die Grube, die sie vernageln wollten. Bald entspann sich zwischen zum Schutze der Grubeneinrichtung herbeigeleiteter Polizei und den Arbeitern, ungefähr 150 Mann, ein regelrechter Kampf. Als sich nach einiger Zeit das Uebergewicht auf die Seite der Arbeiter neigte, die bereits in das Gebäude einzudringen begannen, machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch und zerstreute die Menge. Insgesamt wurden bei den Zusammenstößen auf beiden Seiten drei Personen getötet, fünfzehn schwer und zwanzig leicht verletzt.

Dieser Darstellung sieht man sofort das Bestreben an, die Polizei zu entschuldigen!

Tschechischer Militarismus.

Friedenspolitik und Aufrüstung.

Prag, 21. Dezember.

Die Rüstungsarbeit des tschechischen Militarismus wird begleitet von den Friedens- und Abrüstungsreden des Herrn Dr. Benesch. Der tschechoslowakische Außenminister hat es verstanden, sich einen Namen als aufrichtiger Friedensfreund zu machen, aber auch den Glauben zu erwecken, der von ihm vertretene Staat sei selbstloser Förderer des Abrüstungsgedankens. An der Friedensliebe des tschechoslowakischen Außenministers ist nicht zu zweifeln. Aber die Außenpolitik der Tschechoslowakei ist zwiespältig, ist ebenso von modernen, wie von vorkriegsdiplomatischen Anschauungen bestimmt, ist zugleich Friedens- und Machtpolitik, und so kann es nicht anders sein, als daß diese Außenpolitik ergänzt wird durch eine die Kräfte des Staates aufs äußerste anspannende Militärpolitik.

Zwiespältig war von allem Anfang an die tschechoslowakische Außenpolitik; sie war Völkerbündnispolitik, wollte also Durchsetzung eines neuen, friedlichen Geistes in Europa, des Geistes der Verständigung und der Zusammenarbeit, aber sie war zugleich angepaßt der Aufrechterhaltung der Vorherrschaft Frankreichs in Europa, war Bündnispolitik, war Politik der bewaffneten Bereitschaft für den Fall anderer als friedlicher Methoden, war Politik im Dienste Frankreichs und der eigenen anti-deutschen Tradition und sollte aus der Tschechoslowakei einen wichtigen Eckpfeiler im Wall gegen das „germanische Meer“ machen. So war denn die Tschechoslowakei, die eben erst entstanden war im Kampfe gegen die alten mitteleuropäischen Militärstaaten, von den ersten Stunden ihres Bestehens an schon darauf bedacht, sich ein starkes Heer zu schaffen. Und Frankreich half dabei. Französisches Kriegsmaterial wurde bezogen in jenen Tagen, da die eigene Waffenindustrie noch nicht auf der Höhe war, Frankreich lieferte abgelegte Flugzeuge und stellte Generalstäbler zum Aufbau der tschechoslowakischen Armee bei.

Seither ist die politische Situation in Mitteleuropa ein wenig anders geworden. Mit der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich hat der antigermanische Wall an Wert verloren. Die Wirtschaftsentwicklung wies die Tschechoslowakei immer nachdrücklicher auf gutnachbarliche Beziehungen zu Deutschland hin. Konflikte mit Deutschland hat es übrigens nie gegeben. Und doch: man wird ein geheimes Bangen vor dem Wiederaufstiege Deutschlands nicht los. Die Tschechoslowakei hat doch dreieinhalb Millionen — trotz deutschen Ministern! — mit ihrer Stellung im Staate unzufriedener, mit dem Staate nicht ausgeöhnter Deutscher. Und hat dreiviertel Millionen Ragnaren und ein die Amputationen der Friedensverträge nie vergessendes Ungarn als Nachbarn. Das einzig wirksame Rezept, die Minderheitsnationen durch weitgehende Selbstverwaltungszugehörnisse an den Staat zu binden, will man nicht befolgen — den Nachbarn traut man nicht, den Staatsangehörigen traut man nicht, die ganze Bündnisreihe von Frankreich bis Rumänien hat an Sicherungswert viele verloren — so erscheint denn den Chauvinisten und Militaristen das gewaltige Heer als einzige Bürgschaft der Unantastbarkeit des Staates.

Dieses Heer kann sich schon sehen lassen! Hundertzwanzigtausend bis hundertvierzigtausend Mann, allgemeine Wehrpflicht bei achtzehnmonatiger Dienstzeit, modernste Ausrüstung, — käme es auf die Armee an, dann könnte der Tschechoslowakei wirklich nichts mehr geschehen. Fest eingestiftet scheint sich in den Köpfen der Militaristen der Glaube zu haben, daß es irgendwie und irgendwann doch einmal zum Kriege kommen müsse. Udrschal, der Minister für nationale Verteidigung, hat erst vor kurzem im Parlamente prophezeit, daß es im Ernstfalle nicht bloß eine Mobilisierung der Armee geben werde, sondern, daß der ganze Staat, daß die gesamte Bevölkerung mobilisiert werden müsse. Um die Bevölkerung vorzubereiten, genügt die militärische Ausbildung der Wehrtauglichen nicht. Ein Gesetz, das die gesamte männliche Jugend vom achtzehnten Jahre an zur militärischen Vorbereitung verpflichtet, ist im Werden, und wird wahrscheinlich auch beschlossen werden. Dann erst, wenn es in Kraft und wirksam geworden ist, dann erst wird die Dienstzeit verkürzt werden, aber nur für die Infanterie!

Das Auffüttern des tschechischen Militarismus hat bis jetzt achtzehn Milliarden gekostet. Im Budget für 1927 ist zwar der Voranschlag des Verteidigungsministeriums auf 1400 Millionen herabgesetzt worden, aber das ist nur ein Täuschungsmanöver, denn gleichzeitig wurde ein Rüstungsfonds geschaffen, der für elf Jahre je 315 Millionen für die Anschaffung von modernen Waffen sichert. Dieser besondere Rüstungsfonds wird nicht hindern, daß in den nächsten Jahren das Verteidigungsministerium neue Bedürfnisse des Heeres entdeckt und eine Erhöhung des normalen Budgets fordert.

Diese starke, wohl-ausgerüstete Armee hat natürlich auch wesentliche innere Wandlungen durchgemacht im

Laufe ihres Werdens. Als die Armee geschaffen wurde, gab es keine Gruppierung, nannte der Soldat den Offizier „Bruder“, durften die Offiziere außer Dienst keine Waffe tragen. Das, was man die demokratischen Kinderkrankheiten der Armee nennen könnte, ist längst ausgeheilt worden. Längst schon sind die Offiziere zu einer besonderen Klasse in der Armee geworden, die nicht mehr die Brüder der Soldaten, sondern ihre gestrigen Vorgesetzten sind.

Und doch: selbst wenn man sich ganz auf den militaristischen Standpunkt stellt, wenn man ihre Rolle in einem etwaigen Krieg überprüft, erscheint einem diese große, starke Armee als kostspieliger und doch unbrauchbarer Luxus. Wenn es zu einem Kriege käme, — wie wollte die Armee die ungemein langgezogenen Grenzen, diese unmöglich zu verteidigenden Grenzen halten? Es ist kein landesverräterischer Gedanke, der hier ausgesprochen wird (man kann in der Tschechoslowakei fast so leicht wie in Deutschland „Landesverräter“ werden), sondern der tschechische Sozialdemokrat Rodracek hat in einer Broschüre, in der er die Neutralitätserklärung der Tschechoslowakei fordert, auf diese Schwierigkeiten der Verteidigung aufmerksam gemacht. Auch Lloyd George hat einmal gefragt, ob denn die Tschechoslowakei im Kriegsfalle sich mit ein paar Armeekorps im Böhmerwalde festrennen wolle. — Aber der Minister für nationale Verteidigung hat im Parlamente seinem Ersuchen darüber Ausdruck gegeben, daß Rodracek von der Neutralität zu reden magie.

Argumente der Politik und der Wirtschaft, der Strategie und der Geographie, die alle gegen den tschechoslowakischen Militarismus sprechen und eindringlich genug sagen, daß die Tschechoslowakei auf unbedingte Friedenspolitik angewiesen ist, weiß ihr jeder Krieg verderblich werden müßte, verlagern. So wie die Bourgeoisie Deutschlands, wenn sie nur die Möglichkeit dazu hätte, aus der Reichswehr wieder ein großes Reichsheer zu machen, so will die tschechische Bourgeoisie ihre Armee immer größer, immer stärker, immer schwerer bewaffnet haben. Noch lange wird sich der Welt das schöne Schauspiel der Arbeitsteilung zwischen dem tschechoslowakischen Außenminister und dem tschechischen Kriegsminister bieten, — der eine wird mit rührendebender Stimme von den Segnungen der Abrüstung schwärmen, der andere vom Parlamente neue Riesensummen für die Armee fordern.

Reichsetat 1927.

Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichsrat.

Später als im Vorjahr wird der neue Reichsetat für 1927 dem Reichstag zugehen. Erst am Mittwoch hat der Reichsrat ihn verabschiedet, so daß der Reichstag ihn kaum vor Anfang Januar erhalten wird. Diese Verzögerung ist sehr bedauerlich. Sie gefährdet die rechtzeitige Verabschiedung des Etats durch den Reichstag vor dem 1. April, die im Jahre 1926 zum erstenmal hat durchgeführt werden können. Der wichtigste Grund für diese Verzögerung sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat, die wahrscheinlich dazu führen, daß in wichtigen Punkten dem Reichstags Doppelvorlagen von der Reichsregierung und dem Reichsrat unterbreitet werden.

Der Etatentwurf der Reichsregierung balanciert bei Einnahme und Ausgabe mit 8474,5 Millionen, gegenüber 8428,7 Millionen im Jahre 1926. Innerhalb des Gesamtbetrages aber ist eine größere Verschiebung eingetreten. Die Ausgaben und Einnahmen des ordentlichen Haushalts sind gegenüber 1926 um 409,6 Millionen gestiegen, die Ausgaben und Einnahmen des außerordentlichen Haushalts dagegen um 363,8 Millionen gesunken. Gegenüber dem Jahre 1926 ist infolgedessen nur eine Mehrbelastung von 45,8 Millionen eingetreten.

Von der Gesamtbelastung des Reiches entfallen 7965 Millionen auf die ordentlichen Ausgaben, und zwar auf folgende Zwecke: Steuerüberweisung an Länder und Gemeinden 2644,9 Mil-

lionen, innere Kriegskosten 175,8 Millionen, Reparationszahlungen 831,2 Millionen, sonstige fortdauernde Ausgaben 3868,1 Millionen, einmalige Ausgaben 445,2 Millionen. Von den außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 509,5 Millionen entfallen auf innere Kriegskosten 19,4 Millionen, auf Reparationszahlungen 67,5 Millionen und auf sonstige Ausgaben 422,6 Millionen.

Diese Ausgaben sollen durch folgende Einnahmen gedeckt werden: Der ordentliche Haushalt rechnet mit Einnahmen aus Besitz- und Verkehrssteuern in Höhe von 5,025 Millionen, aus Zöllen und Verbrauchsabgaben von 2430 Millionen und mit Verwaltungsabgaben von 510 Millionen. Im außerordentlichen Haushalt ist lediglich eine Einnahme von 8,1 Millionen vorgesehen. Während also im ordentlichen Haushalt Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen, verbleibt beim außerordentlichen Haushalt ein Betrag von 501,4 Millionen, dessen Deckung durch eine Anleihe vorgesehen ist.

Sieht man von den Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden, den inneren Kriegskosten und den Reparationszahlungen ab, so verbleibt beim ordentlichen Haushalt eine Ausgabe des Reiches von 4313,3 Millionen. Davon sind 3868,1 Millionen fortdauernde Ausgaben, 445,2 Millionen einmalige Ausgaben. Von den fortdauernden Ausgaben beanspruchen die persönlichen Bezüge der Beamten, Soldaten, Angestellten und Arbeiter des Reichs 659,7 Millionen = 17,06 Proz., die Versorgungsgebühren der Reichsverwaltungen und der Wehrmacht einschließlich der Militärrenten für Kriegsbeschädigte 1467,6 Millionen = 37,94 Proz., die sachlichen Verwaltungsausgaben 1740,8 Millionen = 45 Proz.

Der Ausgabebedarf des außerordentlichen Haushalts beträgt 509,5 Millionen. Darin sind für innere Kriegskosten und Reparationszahlungen 86,8 Millionen entfallen, so daß die eigentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung 422,7 Millionen betragen. Davon entfallen auf den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums 195 Millionen, 130 Millionen für produktive Gewerkschaften, 50 Millionen für Siedlungszwecke, den Haushalt des Reichswehrministeriums 62 Millionen, den Haushalt des Reichswehrministeriums 90,7 Millionen. Der Rest ist für verschiedene Zwecke (Betriebsmittelfonds für die Braunkohlenmonopolverwaltung 25 Millionen, Darlehen zur Fortführung begonnener Eisenbahnen 30 Millionen) vorgesehen.

Die Gesamtbelastung des Reiches durch die Reparationszahlungen beträgt im Etatjahr 1927 1778,7 Millionen, das sind 468,5 Millionen mehr als 1926. Aus dem Reichshaushalt selbst sind 1927 898,7 Millionen zu decken gegenüber 550,2 Millionen im Jahre 1926, also 348,5 Millionen mehr.

Der Etatentwurf des Reichsrats weicht von der Vorlage der Reichsregierung ab. Bereits bei dem Gesetzentwurf über die Verlängerung des vorläufigen Finanzausgleichs hat der Reichsrat beschlossen, an der besonderen Garantie der Umfahrsteuer in Höhe von 450 Millionen Part festzuhalten. Das bedeutet eine Mehrüberweisung an Länder und Gemeinden von 112,5 Millionen. Um diese Mehrausgabe zu decken, hat der Reichsrat gleichzeitig neben unbedeutenden Ausgabeerhöhungen die Einnahmehöhe von rund 100 Millionen vorgenommen.

Demgegenüber vertritt die Reichsregierung den Standpunkt, daß ihre Ansätze der Einnahmen bis an die äußerste Grenze des Vertretbaren gehen. Eine Reserve für den Fall einer Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage sei in ihren Zahlen nicht enthalten. Vielmehr sei damit gerechnet, daß die eingetretene Besserung der deutschen Wirtschaft im Rechnungsjahr 1927 weiter fortschreite. Sie hält es auch für fraglich, ob der Reichsrat verfassungsmäßig in der Lage sei, die Einnahmehöhe abweichend von der Reichsregierung vorzunehmen und hält diese Handlung auch sachlich für falsch. Der Reichsfinanzminister hat deshalb im Reichsrat angekündigt, daß die Reichsregierung an ihrer Vorlage festhalten wird, so daß der Reichstag endgültig über den Streit zwischen Reichsregierung und Ländern zu entscheiden haben wird.

Zeuge gesucht. Vom Femeausschuß des Reichstags wird der am 1. April 1899 in Stammbach, Bezirksamt Mündberg (Oberfranken), geborene Reisende Hans (Johann) Dobner als Zeuge gesucht. Zweidienliche Mitteilungen über den Aufenthalt des Gesuchten sind an das Bureau des Reichstags zu richten.

Der Herr von der Reichswehr . . .

. . . und seine Arbeit beim Werwolf.

Im Zusammenhange mit den Erörterungen über die Verbindung der Reichswehr mit rechtsradikalen Verbänden veröffentlicht unser Halberstädter Parteiblatt einen sehr interessanten Brief, der ihm im Original vorliegt. Hier der Wortlaut:

Wasserleben, d. 17. 6. 25.

Er. Egellenz

Herrn Generalkommandant Pohl!

Em. Egellenz haben an Herrn Henneberg einen Brief geschrieben, den mir H. Henneberg zur Kenntnisnahme vorgelegt hat. In diesem Brief bringen Em. Egellenz die Befürchtung zum Ausdruck, daß bei uns im Wehrwolf ein Stillstand (zum) eingetreten sei. Hierzu kann ich Em. Egellenz schreiben, daß das durchaus nicht der Fall ist. Wohl haben wir in letzter Zeit den Herrn von der Reichswehr nicht in Anspruch genommen, und zwar aus dem Grunde der Zwecklosigkeit. Die jungen Leute sind fast alle in der Landwirtschaft beschäftigt und haben demzufolge erst spät Feierabend. Es würde sich also kaum einrichten lassen, daß der Herr noch in Tätigkeit tritt. Da habe ich denn diese Aufgabe kurzerhand selbst in Angriff genommen. Da ich als Unteroffizier und ehemaliger Unteroffizierschüler schon selbst Rekruten ausgebildet habe, darf ich mir das schon zutrauen. Wie sparen auf diese Weise das Reise- und Zehrgeld für diese Herren. Nachher zum Winter dachte ich wieder den Herrn zu beanspruchen. Daß wir tatsächlich keinen Stillstand haben, beweist, daß ich seit meiner Übernahme des Wehrwolf 12 junge Leute neu aufgenommen habe. Außerdem habe ich einen Jungwolf gegründet, in dem ich bis jetzt zehn junge Wölfe von 15 bis 17 Jahren habe. Wehrwolf und Jungwolf werden vorläufig getrennt bearbeitet. Zum Uebungsschießen werde ich den Jungwolf erstmalig in vier Wochen heranziehen. Wir betreiben in Exerzieren alle notwendigen Sachen, dann Freiübungen und in Sport, Danerlaufen usw. Zum Herbst, wenn die Felder frei sind, denke ich an die Feldübungen heranzugehen. Vor allem aber wird auch ganz fleißig geschossen. Hierbei sind schon teilweise recht gute Resultate erzielt. Ich bitte deshalb Em. Egellenz, für die Sommermonate auf den Herrn der Reichswehr verzichten zu dürfen. Sein Herkommen würde uns wenig nützen und dafür aber unnötig Kosten verursachen. Sollten Em. Egellenz aber trotzdem anderer Ansicht sein, so werde ich gern nach Maßgabe Em. Egellenz verfahren.

Mit treudeutschem Gruß

Em. Egellenz sehr ergebener Hoppe

Der Empfänger des Briefes ist der Generalmajor a. D. Pohl in Bernigerode, Bibensstraße 1, der sich als Vermittler von Reichswehroffizieren für monarchistische Verbände zu betätigen pflegt. Aus dem Brief ist zu ersehen, daß die „Herren von der Reichswehr“ gar nicht erst lange gebeten zu werden brauchen, sondern vielmehr gerade zu ausgebaut werden!

Die Frage, was die „Herren von der Reichswehr“ bei den völkischen Verbänden zu tun haben, ist schon so oft gestellt, daß man auf ihre Beantwortung in diesem Falle verzichten kann. Der Unteroffizier und ehemalige Unteroffizierschüler Hoppe hat in seinem Brief so deutlich alle Arten des „Sports“ beschrieben — vom Exerzieren bis zum Schießen und zur Felddienstübung — daß ein nachträgliches Ableugnen kaum Zweck haben dürfte. Es verdient nur daran erinnert zu werden, daß der Führer des Wehrwolf, der Studienrat Kloppe, sich in seiner Korrespondenz, die in der Denkschrift des preussischen Innenministeriums über Wiking und Olympia abgedruckt ist, ganz offen dazu bereit erklärt hatte, „nationalfeindlichen Regierungen stellen die Faust an die Gurgel zu legen, . . . wenn wir in der Lage sind, auch durchzudringen“!

Zahlabend in Paris.

Paris, Mitte Dezember 1926.

Ein winziges Restaurant in einem Pariser Arrondissement — es zählt gerade fünf Tische — hat anschließend einen kleinen Versammlungssaal von etwa gleicher Größe. In diesem Sälechen finden alle zwei Wochen die Zusammenkünfte einer Sektion der sozialistischen Partei statt. Paris zählt zwanzig Arrondissements, also zwanzig sozialistische Sektionen und etwa zwanzig Sälechen.

Der letzte Mittwoch war besonders wichtig. Jedes der sechzig Sektionsmitglieder hatte eine besondere Einladung ins Haus geschickt bekommen, während im allgemeinen nur ein Hinweis auf die Sektionsführung im Versammlungsanzeiger des wöchentlich erscheinenden Pariser Sozialistenorgans „Le Combat Social“ veröffentlicht wird.

„Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir alle Genossen, zu dieser Versammlung zu kommen oder die Abstimmung für die Senatskandidaten innerhalb der nächsten vier Tage dem Sektionssekretär zu bringen oder zu schicken. Tagesordnung der Sektionsführung: 1. Bericht über die letzte Tagung des Rates des Seine-Departements. — 2. Die Senatswahlen. — 3. Der Fall Steeg im Seine-Departement. — Beiliegend eine Abstimmungsliste.“

Auf die Einladung hin waren dreißig Genossen gekommen. So eine Sektionsführung bietet oft interessante Studien über die Zusammenfassung des Pariser Viertels. So umfost zum Beispiel die Sektion, die in der Schulgegend liegt, vor allem sozialistische Lehrer, in anderen Sektionen wieder sind mehr andere Arbeitsarten vorherrschend. Unter den dreißig befinden sich zwei Soldaten und vier Frauen. Die Organisation der sozialistischen Frauen liegt in Frankreich noch sehr im Argen.

Der Bericht über die letzte Tagung des Rates des Seine-Departements wird sehr bequem gegeben: der Sekretär liest einfach vor, was „Le Combat Social“ darüber geschrieben hatte. Die Gruppe, in der ich mich gerade befinde, gehört zu den radikaleren. Einige Mitglieder sind sogar der „Roten Hilfe“ angeschlossen, jenem kommunistischen Hilfswort für die politischen Befangenen, das noch nie einem der von der Moskauer Regierung geknechteten russischen Sozialistenführer half. Manche Mitglieder verteidigen die russische Wirtschaftsordnung so schön, daß man sie überhaupt nicht mehr von Kommunisten unterscheiden kann. Der Sekretär der Sektion ist Mitarbeiter an der Zeitschrift der äußersten sozialistischen Linken „Eincelle“ („Punkte“), deren Herausgeber Maurin womöglich bald aus der Partei ausgeschlossen wird.

So gehört diese Sektion auch zu jenen, die dagegen Stellung nahmen, daß am 9. Januar bei den Senatswahlen die sozialistischen Stimmen des Seine-Departements im Falle eines zweiten Wahlgangs für den Senator Steeg abgegeben werden sollen. Auf der

letzten Tagung des Rates des Seine-Departements waren für den diesbezüglichen Antrag der Linken unter Führung von Zyromski 900 Stimmen abgegeben worden, während der Gegenantrag Léon Blums 1700 Stimmen auf sich vereinigte. Die sozialistische Partei des Seine-Departements wird also für die Wahl von Steeg im zweiten Wahlgang stimmen.

Dann scheidet man zum Vorschlag der Senatskandidaten des Seine-Departements. Jedes Mitglied hat eine Abstimmungsliste von vierzig Namen vor sich. Daraus sollen zehn erwähnt werden, indem die Namen der nicht genehmten Kandidaten durchzustreichen sind. Von den zehn gehören vier Paris an und sechs den Vororten. Auch in jedem Pariser Vorort befindet sich natürlich eine Sektion der Partei. Die zwanzig Pariser Sektionen haben 6000 Mitglieder. Sie zusammen mit jenen der Vororte bilden die sozialistische Gruppe des Seine-Departements.

Zufrieden stellt der Sektionssekretär fest, daß der Name von Brade (des Chefredakteurs vom „Combat Social“), der noch auf der Abstimmungsliste gedruckt steht, ebenfalls ausgestrichen werden muß, da es Brade aus Kerger über die Ablehnung des Antrags Zyromski abgelehnt hat, Senatskandidat zu werden. Steeg, mit dem er sonst auf die gleiche Liste beim zweiten Wahlgang hätte kommen müssen, sei Minister im Kabinett Millerand gewesen, und ein früherer Parteibeschluß lautet ausdrücklich, daß mit niemanden aus einer anderen Partei eine Wahlkoalition eingegangen werden darf, der früher oder jetzt Verbindungen mit dem Nationalen Bloch hatte.

Dann werden andere Anträge von Mitgliedern beraten, und schließlich kommt der Wirt — auch ein Parteimitglied (im Anfang der sozialistischen Bewegung suchte die Polizei diese Wirte zu bestechen, damit sie Verschwörungen belauschen sollten) — und erst kurz vor Schluß der Versammlung, gegen 11½ Uhr abends, nimmt der Wirt die Bestellungen auf die Getränke entgegen. In Frankreich geht immer alles mit der Gemütslichkeit. Und so war man die ganze Beratungszeit über trockengelegt. Kurt Benz.

Der Urahn von Mensch und Affe. Zwei bekannte amerikanische Naturwissenschaftler vom Museum für Naturgeschichte in New York, Dr. William Gregory und Dr. Milo Hellman, rühmen sich, das letzte Glied der Beweisreihe gefunden zu haben, die die Abstammung des neuzeitlichen Menschen zugleich mit der der neuzeitlichen Affen auf einen gemeinsamen Ahnen zurückführt. Dieser Ahn ist der schon geraume Zeit bekannte *Dröpopithecus frontalis*, eine tertiäre Affenform, die in dunklen Wäldern auf Baumzweigen gehaust haben muß. Die Hypothese stützt sich nach der Berücksichtigung der amerikanischen Gelehrten über die Ergebnisse ihrer Forschungen auf die vergleichende Untersuchung der Zähne von Menschen und Affen. Danach zeigt der Vergleich der Zähne neuzeitlicher Affen und Menschen mit fossilen Menschen- und Affenzähnen, daß die Form des Zahnaufbaus vom *Dröpopithecus* angefangen bis zu den heutigen

Affen und Menschen grundsätzlich gleichgeblieben ist. Dr. Gregorys Untersuchungen knüpfen an den berühmten Affenprotest an, der im vorigen Jahre zu Dayton (Tennessee) verhandelt wurde. Wie erinnerlich, richteten damals die Anhänger der Schöpfungsgeschichte an die Naturwissenschaftler die höhnische Aufforderung, endlich einmal schlüssige Beweise für die Darwinische Entwicklungslehre zu erbringen. Die beiden genannten Gelehrten haben den Fehdehandschuh aufgenommen und den Versuch gemacht, die Wunden, die in der Beweisreihe vorhanden sind, auszufüllen. Ihre Untersuchungen erstreckten sich in der Hauptsache auf den ersten und zweiten Backzahn. Der allem dieser zweite Backzahn erbrachte den Beweis, daß die Zahnform, wie man sie von den heute existierenden primitiven Affen und von den fossilen Urmenschenknochen kennt, dem Zahnaufbau des fossilen Affen viel näher steht als dem der zivilisierten Menschen. Während die heute lebenden primitiven Affen in der Gehirnentwicklung dem zivilisierten Menschen der Neuzeit viel ähnlicher sind als ihren Ahnen aus der Affenwelt, stehen sie also in der Zahnbildung diesen ungleich näher als dem zivilisierten Menschen.

Ein Bund der Nichtraucher. Eine Gesellschaft der Nichtraucher hat sich in England gebildet, die es sich zur Aufgabe macht, die „immer unenträglich werdenden Uebergriffe“ der Raucher zu bekämpfen. Als Grund für diese Böhrenerschaft der Raucher wird angegeben, daß sie durch die Damen eine gewaltige Stärkung erfahren haben. Seitdem auch das schöne Geschlecht im Eisenbahnabteil und im Restaurant raucht, sind denen, die dem Nikotin anhängen, immer mehr Borrechte eingeräumt worden. Die Zahl der Räume in den Lokalen und öffentlichen Gebäuden, in denen nicht mehr geraucht werden darf, nimmt immer mehr ab. Die Gesellschaft der Nichtraucher will dafür eintreten, daß in Theatern, Kinos, Straßenbahnen, Telephonzellen usw. das Rauchen verboten ist, daß auch in der Untergrundbahn den Nichtrauchern die genügende Anzahl Bogen zur Verfügung steht und daß die Nichtraucher nicht, wie es sich jetzt immer mehr durchsetzt, überhaupt für „Luft“ angefahren werden.

Die Herbstausstellung der Akademie der Künste am Pariser Platz wird auch an den beiden Weihnachtsfesten geöffnet sein, und zwar von 10 bis 3 Uhr. Am 24. Dezember wird sie bereits um 2 Uhr geschlossen. Die Weihnachtsferien nach Weihnachten sind alldann wieder ununterbrochen von 10 bis 5 Uhr.

Das Berliner Sinfonie-Orchester veranstaltet unter Leitung von Emil Gilels am 1. und 2. Weihnachtstage, ebenfalls 8 Uhr, im Bismarck-Saal zwei Konzerte. Solist des 1. Konzerts ist A. Bernold (Viol.), am 2. Feterlag findet ein Wagner-Abend statt.

Wiederentdeckte Troubadourlieder. In der Berliner Universitätsbibliothek wurden Troubadourlieder aus dem 13. Jahrhundert ausfindig, die in einer bisher unbekanntem russischen Ausgabe der altniederländischen Sprache auf Pergament aufgezeichnet sind. Bisher waren nur französische Troubadourlieder bekannt.

Ein Planetarium für London? Der Londoner Gesellschaftsclub beschließt sich mit dem Plan, ein Zehnjähriges Planetarium für London errichten zu lassen.

Verlegung der Harvard-Sternkarte. Die Harvard-astrophysikalische Station in Arequipa (Peru) wird mit Rücksicht auf die astronomischen Bedingungen in Südarica in die Umgebung von Huamantla verlegt werden. Sie ist im Jahre 1890 gegründet worden und eine der größten der südlichen Halbkugel.

Der unbekannte Zeuge.

Fünfzehn Jahre Zuchthaus auf Hörensagen vom Hörensagen!

Im Dezemberheft des Organs des Republikanischen Richterbundes, „Die Justiz“, behandelt der Berliner Rechtsanwalt Dr. Ernst Emil Schweiger einen Landesverratsprozeß, in dem er als Verteidiger wirkte, und den er nicht mit Unrecht ein Seitenstück zum Magdeburger Mordprozeß nennt.

Es handelt sich um folgenden Fall: Ein Oberlagerverwalter Walter Bullerjahn hatte in einem größeren Industrieunternehmen eine Vertrauensstellung inne. Politisch hat er sich nach Schweigers Angaben nicht betätigt. Gegen ihn wurde plötzlich ein Landesverratsverfahren vor dem Reichsgericht eröffnet, unter der Beschuldigung, er habe der englischen Abteilung der Interalliierten Militärkontrollkommission, und da diese sich nicht sprechen ließ, der französischen Abteilung gewisse Mitteilungen gemacht, und er habe für seinen „Verrat“ etwa 1200 bis 1400 M. erhalten. Der Beschuldigte hat von Anfang bis zu Ende des Verfahrens die Schauptungen der Anklage bestritten. Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines Indizienbeweises und — das ist das Entscheidende — auf Grund der Aussage eines Unbekannten, über dessen Mitteilungen nur Untersuchungsrichter und Kriminalkommissare vor Gericht Bekundungen machen konnten. Weder der Verteidiger, noch der Angeklagte haben jemals die Adresse dieses Zeugen erfahren können. Rechtsanwalt Dr. Schweiger sagt darüber wörtlich:

„Der Hauptbelastungszeuge ist systematisch durch Eingriff der Verwaltungsbehörde der Verhandlung vor dem Reichsgericht ferngehalten worden. Man hat weder mir noch dem Angeklagten, noch den Richtern des Reichsgerichts die Möglichkeit gegeben, auch nur den Namen dieses Hauptbelastungszeugen in Erfahrung zu bringen. Das Urteil, das hier gefällt worden ist, verdient dieselbe Autorität wie ein Urteil, das etwa gefällt worden wäre, wenn es Schröder (Magdeburg) gelungen wäre, sich der Verantwortung zu entziehen und wenn in der Hauptverhandlung gegen Haas lediglich Kriminalkommissar Tenhofs aufgetreten wäre und erklärt hätte, daß ein Unbekannter, aber nach seinem Eindruck unbedingt glaubwürdiger Zeuge ihm die Schuld des Angeklagten mitgeteilt habe. Der Fall Drenfus ist in Frankreich zu einer Angelegenheit geworden, die das ganze Land aufs äußerste erschütterte, weil man dem Angeklagten, bzw. dem Verteidiger einzelne Dokumente nicht zugänglich machte. Hier, im Falle Bullerjahn, wird ein Angeklagter zu fünfzehn Jahren weis, gefolgt haben. Bullerjahn ist als auf Hörensagen vom vertrauensperson, deren Erscheinen vor dem Gericht von der Verwaltungsbehörde verhindert wird. Daß diese Vertrauensperson wissenschaftlich die Unwehrtheit gefolgt hat, kann ich jederzeit nachweisen. Die Aussagen dieses Menschen waren nicht glaubwürdiger, als die Aussagen eines Schröder... Hierbei muß hervorgehoben werden, daß die Vertrauensperson die fraglichen Tatsachen gar nicht aus eigenem Wissen bekundet hat, sondern nur bekundet hat, was ihr angeblich andere Leute, von deren Glaubwürdigkeit überhaupt niemand etwas weiß, gefolgt haben. Bullerjahn ist als auf Hörensagen vom Hörensagen zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden.“

Da die Verhandlung vor dem Reichsgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden hat, kann der Verteidiger auf Einzelheiten in der Verhandlung nicht eingehen, aber er versichert, daß er auch heute noch von der völligen Unschuld des Verurteilten vollkommen überzeugt ist, und er deutet an, daß bestimmte Kreise an der Vernichtung Bullerjahns ein Interesse hatten. Es handelte sich dabei nicht um politische, sondern um private Gegenseite, denn Bullerjahn wußte um Verfehlungen gewisser Stellen auf rein privatem, wirtschaftlichem Gebiet und man fürchtete, daß er diese Kenntnis an Konkurrenten oder an die Behörden verraten würde.

Das Urteil des Reichsgerichts ist bekanntlich nur durch ein Wiederaufnahmeverfahren umzustossen. Um ein solches vorzubereiten, hat der Verteidiger gegen einen Befehlungsverweigerer den Antrag auf Einleitung eines Meldeverfahrens gestellt. Er vermutet, daß dieser Zeuge, der sich erst kurz vor der Verhandlung gemeldet hatte, das Werkzeug jener Kreise sei, die an der Vernichtung Bullerjahns ein Interesse hatten. Merkwürdigerweise wurde die Einleitung des Verfahrens gegen diesen Zeugen durch eine Behörde lange Zeit verhindert. Erst als der Verteidiger einen Disziplinarantrag gegen den betreffenden hohen Beamten beim Justizministerium stellte, griff das Justizministerium ein und ordnete zwar nicht das Disziplinarverfahren, wohl aber die Einleitung des Strafverfahrens gegen den Zeugen an!

Diese von dem Verteidiger mitgeteilten Tatsachen sind so seltsam, daß die Öffentlichkeit ein Interesse daran hat, zu erfahren, welche Gründe für die Erschwerung des Verfahrens geltend gemacht werden, und vor allem, was die Justiz zu tun gedenkt, um einen zweiten Fall Drenfus auf deutschem Boden zu verhindern.

Das schweigende Justizministerium.

Grütze-Lehder, Kube und Wulle.

Das preussische Justizministerium läßt durch den amtlichen Pressedienst folgende Mitteilung verbreiten:

Es muß daran festgehalten werden, daß Mitteilungen über einzelne Vorgänge in der schwebenden Voruntersuchung gegen die Abgeordneten Wulle und Kube nicht gemacht werden können. Die Voruntersuchung wird nach dem Gesetz nicht öffentlich geführt. Ueber ihre Ergebnisse hat nach ihrem Abschluß, der bevorsteht, das Gericht zu entscheiden. Eine „Einstellung“ des Verfahrens gegen Wulle und Kube durch die Staatsanwaltschaft kommt nicht in Frage. Darüber, ob etwa gegen Grütze-Lehder wegen wissenschaftlicher Anschuldigung einzuschreiten ist, kann nach der ausdrücklichen Vorschrift des Gesetzes erst entschieden werden, wenn das Verfahren gegen die Abgeordneten Wulle und Kube förmlich zum Abschluß gekommen ist.

Die Mitteilung des Justizministeriums macht dem Schwindel der „Indistractionen“ ein Ende. Die von einer unbekanntem Stelle ausgestreuten falschen Behauptungen verflüchteten es so darzustellen, als habe die bisherige Voruntersuchung die Schuldlosigkeit der Wulle und Kube ergeben. Das Verfahren werde demnächst eingestellt werden. „Einstellung“ kommt nicht in Frage, stellt nunmehr das Justizministerium fest. Damit ist die Entlastungsoffensive für Wulle und Kube gescheitert.

53,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückgezahlt.

Ein Erfolg der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die erstmalige Durchführung der Lohnsteuererstattungen für das Jahr 1925 hat einen über Erwarten großen Erfolg gehabt: drei bis vier Millionen Anträge sind gestellt und 53,6 Millionen Mark Lohnsteuer sind zurückgezahlt worden. Für 1926 werden die Erstattungen noch größere Bedeutung gewinnen, weil während des ganzen Jahres die große Arbeitslosigkeit andauert, und weil das Verfahren weiter vereinfacht worden ist. Auf Grund von Vorschlägen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat der Reichsfinanzminister das Erstattungsverfahren in einem Erlass vom 30. November 1926 — Nr. 116 1750 — neu geregelt. Einen kurzen Überblick über diese Vorschriften erhält der Steuerpflichtige durch ein „Merksblatt“ über die Lohnsteuererstattungen für das Kalenderjahr 1926, das auf den Finanzämtern kostenlos erhältlich ist. Es handelt sich danach vor allem um folgendes:

Einen Erstattungsanspruch für 1926 können nur Lohnsteuerpflichtige stellen, die nicht zur Einkommensteuer veranlagt werden und mindestens 4 M. Lohnsteuer gezahlt haben. Arbeitnehmer mit mehr als 8200 M. Jahreseinkommen oder 500 M. sonstigem Einkommen haben also keinen Erstattungsanspruch, der Ausgleich erfolgt hier bei der Veranlagung zur Einkommensteuer.

1. Wann tritt eine Erstattung ein?

1. Erstattung wegen Verdienstaussfall erfolgt, wenn z. B. wegen teilweiser Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik, Kurzarbeit usw. der steuerfreie Lohnbetrag von regelmäßig 1200 M. und die nach dem Familienstande freibleibenden Beträge (z. B. bei einem Ledigen 24 M., bei einem Ehegatten mit einem Kind 28,80 M. wöchentlich usw.) während des Jahres 1926 nicht voll gutgebracht worden sind.

2. Erstattung wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse tritt ein, wenn z. B. die Leistungsfähigkeit eines Steuerpflichtigen durch besonders hohe Ausgaben für Unterhalt oder Erziehung der Kinder, mittellose Angehörige, Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle usw. wesentlich beeinträchtigt worden ist und dies nicht schon durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags berücksichtigt worden ist.

3. Eine Erstattung der gesamten Lohnsteuer wird ferner vorgenommen, wenn der Jahresarbeitslohn des Steuerpflichtigen die aus der nachstehenden Tabelle ersichtlichen Jahresfreibeträge nicht überschritten hat.

Anzahl der Kinder	Jahresfreibeträge bei Arbeitnehmern in M. mit Ehefrau	ohne Ehefrau
Keine Kinder	1820	1200
1 Kind	1440	1820
2 Kinder	1680	1560
3	2100	2040
4	2580	2760
5	3840	3720
6	4800	4890
7	5760	5840
8	6720	6800

2. Wie muß ein Erstattungsantrag gestellt werden?

Alle Erstattungen erfolgen jedoch nur auf Antrag. Die Anträge müssen in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1927 bei dem Finanzamt gestellt werden, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 31. Dezember 1926 gewohnt hat. Bei Anträgen wegen Verdienstaussfall bedient sich der Steuerpflichtige am besten der amtlichen Antragsformulare, das auf den Finanzämtern und Berufsverbänden kostenlos erhältlich ist.

Den Anträgen müssen folgende Unterlagen beigelegt werden: 1. stets die Steuerkarte für 1926, unter Umständen auch die Einlagebogen mit den darauf gellebten und entwerteten Steuer-

marken. 2. Die Durchschrift des Lohnsteuerüberweisungsblattes, das der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer aushändigt. 3. Bei Verdienstaussfall wegen Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, wegen Arbeitslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Arbeitslosenkontrollkarte, eine Bescheinigung der Arbeitslosenfürsorge oder eines Berufsverbandes. 4. Bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnungen und sonstige geeignete Belege.

3. Welche Beträge werden erstattet?

Erstattet wird niemals mehr, als im Kalenderjahr 1926 an Lohnsteuer einbehalten worden ist. Beträge unter 4 M. werden nicht erstattet. Bei Verdienstaussfall werden für jede volle Woche folgende Pauschbeträge erstattet:

Anzahl der Kinder	bei Arbeitnehmern mit Ehefrau	
	ohne Ehefrau	mit
Keine Kinder	2,65	2,40
1 Kind	2,90	2,90
2 Kinder	3,35	3,35
3	4,30	4,30
4	5,75	5,75
5	7,70	7,70
6	9,60	9,60
7	11,50	11,50
8	13,45	13,45

Bei Kurzarbeitern und unständigen Arbeitern wird dagegen der Erstattungsbetrag für jeden Fall besonders berechnet. Bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse steht die Höhe der Erstattungen im Ermessen des Finanzamts.

4. Wann erfolgt eine Erhöhung der Freibeträge?

Neben den Erstattungen dürfen aber auch die Möglichkeiten der Erhöhung der steuerfreien Beträge nicht vernachlässigt werden, da sie unter Umständen eine sofortige Ermäßigung der Lohnsteuer bringen und deshalb besonders wertvoll sind. 1. Eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums erfolgt wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse: 2. eine Erhöhung der Werbungskosten- und Sonderleistungspauschale, wenn die tatsächlichen Aufwendungen des Steuerpflichtigen dafür über den Betrag von 0,60 M. wöchentlich oder 40 M. monatlich hinausgehen. Der 2. Erhöhungsanspruch ist jetzt besonders wichtig, weil eine Erstattung aus diesen Gründen nicht mehr möglich ist. Im Gegensatz zu den Erstattungsanträgen können die Anträge auf Erhöhung der Freibeträge jederzeit bei dem zuständigen Finanzamt eingereicht werden.

Kriegs- und Zerstörungsbeschädigte, die mindestens 25 Proz. erwerbsbeschränkt sind, genießen folgende Vergünstigungen: 1. die Pauschbeträge bei Erstattung wegen Verdienstaussfall werden um den Prozentsatz ihrer Erwerbsbeschränkung erhöht, 2. ihr steuerfreier Lohnbetrag wird auf Antrag um den gleichen Prozentsatz erhöht, und 3. erfolgt auf Antrag eine teilweise Lohnsteuererstattung, wenn ein Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags nicht gestellt worden war. Als Nachweis für die Höhe der Erwerbsbeschränkung dient entweder der Rentenbescheid oder ein ärztliches Gutachten.

Jeder Steuerpflichtige, der auf Grund dieser Vorschriften einen Rechtsanspruch auf Erstattung oder Erhöhung der Freibeträge hat, muß einen entsprechenden Antrag stellen. Insbesondere bedeuten die Erstattungen wegen Verdienstaussfall für die Erwerbslosen eine wertvolle Hilfe. Für sie wirkt die Lohnsteuer als Zwangspartakasse, da aus technischen Gründen eine Ueberzahlung der Steuer unermöglich ist. Ihr Gutachten bei dieser Zwangspartakasse verfällt aber, wenn sie es nicht bis zum 31. März 1927 zurückverlangt haben. Erich Rinnet.

Schund- und Schmutzgesetz.

Die Ausführungsbestimmungen des Reichsinnenministeriums.

Das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger macht Mitteilungen über die Ausführungsbestimmungen des Reichsinnenministeriums zum Schund- und Schmutzgesetz. Danach sind neben der Oberprüfstelle in Leipzig zunächst zwei weitere Prüfstellen für Berlin und München vorgesehen. Der bayerischen „Eigenart“ ist also auch hier wieder einmal ein Opfer gebracht worden. Zuständig soll in jedem einzelnen Fall die Prüfstelle sein, in deren Bereich der durch den Antrag betroffene Verleger seinen Sitz hat, falls er im Handelsregister eingetragen ist. Ist das nicht der Fall oder hat der Verleger seinen Sitz im Auslande, oder ist er nicht bekannt, so bestimmt der Vorsitzende der Oberprüfstelle die Zuständigkeit.

Die Einleitung eines Prüfverfahrens geschieht auf Antrag der Landeszentralbehörden oder der Landesjugendämter. Von dem Verhandlungstermin sind der Verleger und der Verfasser so rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, daß ihnen die Teilnahme an der Verhandlung möglich ist. Vertretung ist zulässig. Die Entscheidung erfolgt auf Grund mündlicher Verhandlung nach Anhörung von Verleger, Verfasser und Antragsteller. Der Beschluß, durch den die Aufnahme einer Schrift in die Liste angeordnet wird, ist mit Begründung dem Verleger und dem Verfasser zuzustellen.

Gegen die Entscheidung der Prüfstelle steht dem Betroffenen das Recht zu, eine Oberprüfstelle anzurufen. Geschieht das, so soll nach den Ausführungsbestimmungen die Aufnahme der betr. Schrift in die Liste einstweilen unterbleiben, falls nicht besondere Bedenken hiergegen bestehen.

Wenn in der Mitteilung behauptet wird, das Schund- und Schmutzgesetz habe schon durch sein Inkrafttreten allein das Erscheinen neuer Schundliteratur unterbunden und es werde auch weiter prohibitiv wirken, so ist das ein Optimismus, der zumindestens sehr verfrüht ist. Auch für die Voraussage, daß sich die Begriffsbildung über Schmutz und Schund rasch und reibungslos vollziehen wird, wird man den Beweis abwarten müssen. Jedenfalls bleibt die Gefahr, daß eine Schrift wegen ihres religiösen, politischen oder den Zensurstellen faust unbecommener Charakters auf die Liste gesetzt wird, trotz aller anderen Bestimmungen bestehen.

Die Wirtschaftskrise in Frankreich.

Sozialistische Abordnung bei Poincaré.

Paris, 22. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch morgen sprach eine Delegation der sozialistischen Kammergruppe, darunter Léon Blum, Renaudel und Vincent Auriant bei Poincaré vor, um zu verlangen, daß die Regierung möglichst bald ein Wirtschaftsprogramm zur Abänderung der durch die Frankten-

hauffe hervorgerufenen Arbeitslosigkeit einbringe. Gleichzeitig forderte die Delegation Poincaré auf, endlich einmal beim Senat darauf zu drängen, daß er das Sozialversicherungs-gesetz möglichst noch im Januar verabschiede. Endlich erinnerten die Delegierten noch an die seit langem erwartete Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Waffensubstanz.

Poincaré erklärte, daß er sofort nach den Ferien einen Gesetzentwurf über die Bewirkung großer Wirtschaftsarbeiten einbringen werde. Weiter versprach er, sofort den Senat um Verabschiedung des Sozialversicherungsgesetzes zu ersuchen. Was die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens betrifft, müsse die Regierung auf ihrem Standpunkt bestehen bleiben, daß Frankreich dieses Abkommen nicht unabhängig, sondern nur gleichzeitig mit anderen daran interessierten europäischen Nationen ratifizieren wolle.

Die ungetreuen Treuhänder.

Der amerikanische Riesenandal.

Washington, 22. Dezember. (W.B.) Im Senat erhob Borah gegen die Verwaltung des beschlagnahmten Eigentums durch die Amtsstelle des Treuhänders während der vergangenen acht Jahre den Vorwurf des Diebstahls, der Veruntreuung und des Leichtsinns. Senator Borah hat Pressevertretern gegenüber auf die Frage, ob er die Absicht habe, in der Untersuchung des Falles fortzufahren, erklärt, er sei dazu bereit, wenn der Senat die Ausgaben bewillige. Borah äußerte ferner noch, er zweifle nicht daran, daß Millionen Dollars von denen, die mit der Verantwortlichkeit für den Schutz des Privateigentums betraut waren, unterschlagen oder in ungeschicklicher Weise genommen worden seien. Er erklärte ferner, zu seiner Verblüffung habe er herausgefunden, daß alle Opfer dieser Vorgänge bei der Rückzahlung des Eigentums genötigt worden seien, Quittungen über den vollen Betrag auszustellen und so die Treuhänderstelle von jedem Mißbrauch der Amtsgewalt oder Nachlässigkeit in der Verwaltung zu entlasten. Wenn es sich herausstellen sollte, daß das betreffende Eigentum nicht mehr zurückgegeben werden könne oder daß das Unrecht wieder gutgemacht werden könne, so sei er nicht besonders begeistert für eine Fortsetzung der Untersuchung.

Ein Sowjetjubiläum.

Neun Jahre russische Terrorpolizei.

Moskau, 21. Dezember. (W.B.) Die ehemalige Tscheka, die jetzt den Namen „Staatspolitische Polizei“ führt, hat soeben das Fest neunjähriger Bestehens begangen. Die Sowjetblätter erinnern an die Gründung dieses wichtigen Werkzeuges der Sowjetregierung und gedenken dabei Derschawits, auf dessen Initiative die Gründung der Tscheka vor neun Jahren erfolgte. Der Sowjet von Moskau richtete an die Leitung der Tscheka eine Begrüßungsadresse.

Ein unmöglicher Umsteigebahnhof.

Morgens circa 1/8 Uhr auf dem Hochbahnhof Halle'sches Tor. Der Bahnsteig Richtung Warschauer Brücke hat sich trotz des 2 1/2-Minuten-Verkehrs schnell wieder gefüllt. Ein Zug fährt ein. Noch ehe er hält, springen aus den längst geöffneten Türen die, die es immer eilig haben (sie stehen immer fünf Minuten zu spät auf) und die den Betrieb hier kennen, sie schlängeln sich mit einer Gewandtheit, die lange Übung erkennen läßt, zur Treppe. Sehr sanft sind die Pässe nicht, die sie erwischen und wehe, wenn irgend jemand die Regel durchbricht und nicht rechts geht. „Rechts gehen, zum Donnerweiter!“ erscheint dann noch als ziemlich höflicher Zuruf. Am Umsehen ist dann der schmale Bahnsteig von einer sich drängenden und schiebenden Menschenmenge bedeckt. Nachzügler, die den Zug noch zu erreichen versuchen, schwimmen vergebens gegen den Strom. Sie können froh sein, am Treppengeländer festzukammern, nicht mitgerissen zu werden. Und kaum hat sich die schmale Treppe entleert, donnert ein neuer Zug in die Halle. Noch schlummernd wird es beim Ausgang und dem Zugang zur Nord-Süd-Bahn aus Richtung Kreuzberg, Neukölln oder Seefraße kommende die Treppen zur Hochbahn hinauf. Wenn es der Zufall will, daß gleichzeitig mit dem von Gleisdreieck kommenden Zug ein anderer aus Osten in den Hochbahnhof einläuft, entsteht ein wahrhaft beängstigendes Gedränge. Man hat jedenfalls das Gefühl: jeht



eisfrei war; sie gehören einer Zwischenzeit an. Die zwischenzeitlichen Funde von Neukölln, das bekanntlich bis 1912 Rigdors hieß, haben wertvollen Erkenntnisstoff für den erdgeschichtlichen Aufbau der Heimat geliefert. Der „Rigdorser Horizont“, wie diese Schichten in der Wissenschaft genannt werden, hat gute Aufschlüsse über das Aussehen der Heimat in jenen Urwelttagen gegeben. Aus den vielen Funden, die auch an anderen Orten gemacht wurden, ist man über die Gestalt des Mammuts sehr gut unterrichtet. In dem dauernd gefrorenen Boden Sibiriens, den Ländersümpfen, wurden Kadaver des Mammuts von der Eiszeit her aufgefunden. Sie waren noch mit dem Fell bekleidet, und das Fleisch war so gut erhalten, daß die Hunde der Forschungs Expedition mit Wohlbehagen über dieses älteste „Gefrierfleisch“ der Erde herfielen. Teilweise hatten diese Tiere sogar noch unverdaute Pflanzennahrung im Magen. Diese Pflanzen gaben wertvollen Aufschluß über das eiszeitliche Pflanzenleben. Das Mammut war etwa 3 1/2 Meter hoch und mit einem dunkelbraunen Haarkleid versehen, durch das es als Bewohner kalter Gebiete gekennzeichnet ist. Es hatte die größte Lehnlichkeit mit dem jetzt lebenden indischen Elefanten. Die Ohren waren kleiner, der Schwanz kürzer, aber an der Wurzel dicker. Die gewaltigen Stoßzähne waren spiralförmig gebogen. Sie gingen erst nach auswärts, dann nach innen und zeigten mit den Spitzen einwärts, rückwärts und aufwärts. Eine naturwahre Nachbildung des Mammuts im verkleinerten Maßstab befindet sich im Märkischen Museum. Andere Fundstellen tierischer Überreste aus der Zwischenzeit sind in der Berliner Umgebung, besonders in den Riesgruben an den Rüggebergen und in den Biegegruben des Havellands (Thoben, Rehn). In dem Hause Rollenmarkt 12/13 in Berlin befindet sich ein Schulterblatt und ein Stoßzahn vom Mammut, die man in früherer Zeit hier ausgegraben hat. Nach dem Volksmunde sollen es Schulterblatt und Rippe eines „Riesen“ sein. Das Haus aber heißt heute noch „die Rippe“.

95 Stufen!



ist die Höchstbelastungsgrenze der Treppen erreicht, jeht kann im buchstäblichsten Sinne „kein Apfel mehr zur Erde fallen“ und wundert sich, daß trotzdem die Massen im Fluß bleiben und sich nicht einfach zu einem unentwirrbaren Knäuel stauen. Das ist freilich der bewundernswürdigen Disziplin des hochbahn-fahrenden Publikums zu verdanken. Ohne Schupo, ohne Verkehrsregelung geht alles seinen Gang, wenn auch langsam und mit einigen

nerösen Ausbrüchen. Was den Bahnhof Halle'sches Tor aber besonders zu einer Plage des Publikums macht, sind die hohen Treppen, die beide Bahnhöfe miteinander verbinden. Abgesehen von der Länge des Ganges sind 95 Stufen zu steigen, um von der Nord-Süd-Bahn zur Hochbahn zu kommen. Das ist für den Normalmenschen schon eine anständige Leistung, wenn er in der Berliner Verkehrsbege zwischen durch noch die Höhe eines vierstöckigen Hauses erklimmen muß. Für Herzkrante und Schwächliche ist dieser Umsteigebahnhof direkt eine Katastrophe.

Die letzte Verkehrsählung wird der Hochbahngesellschaft gezeigt haben, daß die Umsteigetreppen keine halbe Sekunde leer sind. Also her mit der Rolltreppe! Bei der letzten Verkehrsählung hat die Hochbahngesellschaft in dem Verbindungsgang besondere Zähl-schalter aufgestellt. Es mußte sich also genau feststellen lassen, wieviel Personen die Treppen täglich benutzt haben.

Zum Mammutfund in Neukölln.

Der kürzlich beim Bau der Untergrundbahn am Hermannplatz in Neukölln aufgefundenen Sackenzahn eines Mammuts, der von beträchtlicher Größe ist, läßt wieder einmal blühartig einen Einblick tun in jene erdgeschichtlich ferne Zeit, in der das Mammut hier lebte. Gerade Neukölln hat uns schon manchen wertvollen Fund aus jenen längst verschwundenen Tagen beschert. In den Riesgruben, die sich in der letzten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts an den ehemaligen Rollbergen hinzogen, wurden vielfach Zähne und Knochen jeht ausgestorbener Tiere gefunden, unter anderem auch vom Mammut.

Die Schichten oberhalb und unterhalb der Rieslager bestehen aus Ablagerungen, die von der Eiszeit hinterlassen wurden. Die Rieslager müssen in einer Zeit entstanden sein, in der das Land

Vom Schicksal verfolgt.

Krankheit — Not — Notizen.

Die Rotaiseuche nimmt trotz energischer Bekämpfung nicht ab. Die Großstadt kennt tausend Schlupfwinkel. Auf unglücklichen geheimen Wegen findet das weiße Gift den Weg zu seinen unglücklichen Verbreitern.

Die Grohhändler verstehen es meist, sich den Zugriff der Polizei zu entziehen. Dafür fallen ihr die kleinen Vermittler um so eher in die Hände; in der Regel sind diese Händler auch selbst Rotaisisten. Die wenigen Monate Gefängnis, die sie erhalten, bringen ihnen keine Heilung; besondere Entziehungsanstalten für Rotaisisten, in denen sie bei mäßigender Beschäftigung sich solange aufzuhalten gezwungen wären, als es nötig ist, um sie vom Gift zu entwöhnen, gibt es nicht. In die Irrenanstalten zu gehen, scheuen sie sich. So kämpft im Richter das Bewußtsein von der Auslosigkeit der Gefängnisstrafe für den Rotaisisten mit dem Glauben, durch harte Maßregelung auf die Rotaisenhändler abschreckend wirken zu können. Die großen Rotaischieber lassen sich aber ins Häufchen. Das Schicksal des Kellners R. ist für den Lebenslauf eines Rotaisenhändlers typisch. Der Krieg hat ihn unerwartet gelassen trotz zweier Verschüttungen und zweier Verwundungen. Als er aber später in Hannover in einer Reifschmiede arbeitete, fiel er vom Gerüst und zog sich einen Schädel- und Rosenbruch zu, die sein Gesicht verunstalteten. Trotzdem heiratete ihn seine Braut. Im Krankenhaus genömhie man ihn an Kartoffeln. In Berlin arbeitete er dann als Kellner. Der Versuch, einen falschen 50-Dollar-Schein loszuschlagen — ein Gast hatte ihm den Schein untergeschoben, und er wollte dem Verlust nicht tragen — brachte ihm ein Jahr Gefängnis ein. Während seiner Haft wurde seine Frau von Einbrechern völlig ausgeplündert. Nun standen beide vor dem Richts. Da fanden seine neuen Gefängnis Kollegen bei ihm ein williges Ohr, und ein neuer Diebstahl führte ihn wieder ins Gefängnis. Nun war er physisch und seelisch gebrochen, nur das Rotaischnupfen brachte ihm Ruhe. Um sich materiell über Wasser zu halten, versorgte er in gewissen Lokalen die Koffer mit dem weißen Gift. Er ließ es sich immer wieder von Verboten zum eigenen Gebrauch verschreiben. Trotzdem versuchte er, von seiner Rotaisucht loszukommen; er konsultierte auch einen Facharzt, und als dieser ihm wieder Rotais verschrieb, hatte er nichts Eiligeres zu tun, als es wie gewöhnlich in den Handel zu bringen. Die Polizei war aber schon seit langem hinter ihm her.

Die Wunder der Klara van Haag.

45] Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.

Die Augen der Mutter folgten seinen Händen; sie antwortet nerods: „Von wem? Von niemand. Es kam ja mit der Post — vom Minister selbst, oder von der Bahn — ach Gott, du Armer, jeht hab ich dein Essen nicht gewärmt — aber dort liegt der Umschlag, da kannst du selbst sehen, wo es herkommt. Ging es dir gut in der Arithmetik, Emanuelchen?“

Jeht verstand Emanuel plötzlich; das äußerte sich geradezu als ein stechender, körperlicher Schmerz in seinem Gehirn.

„Ach, so, haba. Das war also das Geld für das Haus. Die Abtretung an die Eisenbahn war in aller Stille geordnet. Die Examenarbeit hatte ihn von allem ferngehalten. Die Eltern waren in dieser Sache auch geheimnisvoller als je gewesen. Und jeht war es also geschehen. Wie merkwürdig: Früher hatte er Interesse für die Verlegung des Bahnhofes gehabt, aber das unendliche Hin- und Hergerede hatten ihn schlaff gemacht.“

„Rührt euch nicht vom Fleck,“ sagte der Vater plötzlich. „Es ist durcheinander geraten. Warum bist du auch nicht drinnen geblieben, wie ich sagte, jeht sind es zwanzig Kronen zuviel geworden.“

Emanuel kam zu sich: „Die werde ich wohl verloren haben.“ lachte er.

„Es ist gar nicht zuviel,“ sagte die Mutter, „wir haben es vorher gezählt, als du es hinlegtest. Was mich einmal.“

„Rein, nein, ich will selbst!“

Er begann die Augen ruckweise von Schein zu Schein gleiten zu lassen, während die Lippen flüsterten, daß das Ergebnis sicher schlechter als vorher würde; er sagte ganz verweisselt: „Ihr könnt wohl sehen, daß hier vierzehn Reichen zu je siebenunddreißig liegen. Das macht —“ er sah auf einen Zettel — „Fünftausendeinhundertundachtzig. Merkt euch die Zahl. Wie sagte ich? Gut. Dazu der Fünfhundertkronenschein. Wartet ein wenig. Laßt uns sehen, ob er echt ist. Nun, das macht — wieviel hatten wir vorher?“

„Das macht zusammen Fünftausendsechshundertundachtzig.“

„Rein, es muß mehr sein. Nun, vielleicht hast du Recht.“

Fünftausendsechshundertundachtzig und hier hinter mir liegen einhundertvierunddreißig Zehner. Also, zwanzig Kronen zuviel. Jeder Zweifel ausgeschlossen. Die müssen gleich zurückgeschickt werden!“

„Die Bahn ist ja so reich, so reich,“ sagte die Mutter. „Du meinst, wir sollten es lieber Gott opfern — keine schlechte Idee —“

„Halt, halt,“ sagte Emanuel, „da fehlt einer in dieser Reihe und einer in der!“

Es zeigte sich, daß es dort war, wo die Klavierfüße den Platz einnahmen.

Die Scheine wurden nun zu je hundert gebündelt. Die Mutter und Emanuel sahen auf dem Fußboden und sahen zu. Der Vater war der Meinung, daß die geringste Bewegung einen Wind verursachen würde, der ungeahnte Summen — hui — für immer wegweheln könnte. Erst, als er sie fest verschürt hatte, atmete er erleichtert auf und wurde gemütsch.

„Kommt, hebt mich auf. Ach, hol“ schnell die Küchenwaage. Wir müssen wissen, was es wiegt. Der Teufel soll den Fünfhundertkronenschein holen, dadurch wiegt es ja weniger.“

„Schade, daß es nicht lauter Einreststücke sind,“ meinte Emanuel.

„Siebenhunderttausend. Ja. Rein, wenn es richtig zginge, mühte man es in Gold haben, in Goldbarren. Dann brauchte man nur jedes Jahr ein bißchen abzubeißen! Aber Scheine gehen auch an. Weißt du, daß dreißig Zehner fortlaufend nummeriert waren. Dreißig Glieder aus der Kette des Reichtums, die die Erde zusammenhält, sind in meinem Besitz!“

Sie sahen gemütsch beisammen und besprachen sich. Emanuel ah mit ungewöhnlichem Appetit. Die Mutter ging immer wieder in die Küche. Gerade vor Egholm auf der Höhe des Klaviers lag das Geldpaket mit der Schnur darum. Sie lachten und hatten unglaubliche Einfälle, alle das Geld betreffend. Es war, als wäre das ganze Haus vollgepropft mit Geld in allen möglichen Formen und Werten. Aber hörten sie da nicht ein leises Klopfen? Sie sahen, daß die Tür plötzlich aufging, daß Frau van Haag sich wie eine Offenbarung zeigte.

Egholm zog mit einem Ruck an der Schnur, und das Geldbündel hüpfte wie ein kleines Hündchen vom Klavier unter seinen Stuhl.

„Egholm und sein feiner Sohn sitzen ja wie versteinert da. Sehe ich wirklich so gefährlich aus?“ sagte Frau van Haag.

„Rein, nein, keineswegs,“ sagte Egholm, „aber ich glaube, meine Frau hätte die Tür verschlossen.“

„Ja, darum war ich auch gezwungen, auf die Gartenbank zu klettern und durchs Fenster zu steigen.“

Da mußte Egholm wieder lachen, denn es war doch ein schrecklich prächtiger Gedanke, daß die feinste, herrlichste Frau der Welt durch ein Fenster zu ihm hereingetroffen kam. Er wollte etwas recht Lustiges sagen, da er aber im Augenblick nichts herausbringen konnte, trat er vor den Stuhl, auf den Frau van Haag sich gesetzt hatte, und begann die Schnur aufzubinden, daß das Siebentausendkronenbündchen über den Fußboden gejackelt kam. Schließlich hakte er es hoch und lotste es unter vielen Tanzschritten und Flügelschlägen in den Schoß der Gnädigen.

Es folgte ein verwundertes Fragen, gefolgt von schnellen Antworten, siegreich wie Hurrageschrei.

„Wir sind glücklich,“ sagte die Gnädige, als sie aufstand. Sie erhob sich mit Tränen in den Augen und schlang ihren leidengeseideten Arm um seine verblicheneen Schultern.

Die Gnädige verlangte, daß das Geld aufgeschürt würde. Egholm tat es. Jeht fürchtete er nicht im geringsten mehr Zugwind oder andere Katastrophen.

„Ja,“ sagte Frau van Haag und blätterte hin und her. „Ja, das ist Geld, richtiges Geld. Herrlich viel Geld.“

„Sie haben mehr Geld als dieses gesehen. Im Beischrant Ihres Vaters lagen die Rollen so hoch vom Boden!“

Die Gnädige schüttelte den Kopf. „hm — nein, das waren nichts als Altrappen. Wie lange reichte es, als der Roll aufgehoben wurde. Rein, Geld muß dort sein, wo Raum dafür ist. Ich meine, wo es nichts im voraus gibt. Bei Ihnen, Egholm.“

„Wir sind uns außerordentlich einig,“ sagte Egholm mit einem Krachfuß, „aber wo soll ich den Schatz heute Nacht aufbewahren?“

„In der Bank wohl —“

Rein, Egholm hatte keinen Glauben an so etwas. Er wollte es selbst verwahren. Den lieben Gott würde es auch nicht gefallen, wenn man sich so gut sicherte, daß er nicht mit dem Finger daran kommen konnte, wenn er es wünschte.

„Betrab es unter dem Kirschbaum,“ schlug Emanuel vor. Die Gnädige ging völlig in diesem romantischen verstanden auf.

„Wenn Sie es nun mit ins Bett nähmen?“

„Das ist wirklich eine Idee!“

„Ja, es unter Kopfkissen legen.“ (Fortsetzung [3.])

hatte ihn bereits einmal verhaftet und schaffte ihn nun vor dem Richter. Dieser verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis. Gleich einem Häuflein Ungläubigen, am ganzen Leibe zitternd, sah er auf der Anklagebank. Wenn er aus dem Gefängnis herauskommt, geht das Koffen natürlich von neuem los. Was soll hier eigentlich die Gefängnisstrafe?

Die Schnellbahn nach Lichtenberg.

Fortführung der U-Bahnbauten nach allen Richtungen.

Über die neue Schnellbahnlinie, die künftighin durch die Frankfurter Allee nach Lichtenberg und Friedrichsfelde geführt werden soll, wurde in einer Besprechung folgendes mitgeteilt: Es ist vorgesehen, die Bahnhofsausgänge nicht in der Mitte der Straße anzulegen, sondern sie unter Beibehaltung der Bahnsteigordnung zwischen den Gleisen nach den Seiten der Straße zu verlegen. Die Schnellbahn wird bis Friedrichsfelde durchgeführt, wo ein besonderer Betriebsbahnhof gebaut werden soll. Die neue Strecke nimmt nicht, wie ursprünglich vorgesehen, ihren Ausgang von der Klosterstraße, als Fortsetzung der bestehenden Hoch- und Untergrundbahn, sondern sie erhält die wesentlich leistungsfähigeren Abmessungen der Untergrundbahn Gesundbrunnen-Neukölln. Dementsprechend wird sie auch vom Alexanderplatz aus unmittelbar durch die Königstraße nach dem Stadtdamm späterhin zu verlängern sein.

Auch die Untergrundbahnbauten über das Tempelhofer Feld hinweg bis zum Ringbahnhof Tempelhof sind im letzten Monat gut vorangeschritten. Von den hier zu bewältigenden rund 150 000 Kubikmeter Boden sind zurzeit etwa 100 000 Kubikmeter ausgeschachtet. Die Erdarbeiten werden auch auf dieser Strecke selbst bei Frostweiter fortgesetzt werden können und werden Ende Januar beendet sein. Es sind alle Vorbereitungen getroffen, daß ab sofort mit den Betonierungsarbeiten des eigentlichen Tunnels begonnen werden kann, so daß auch hier in den nächsten Monaten eine große Anzahl von Arbeitskräften beschäftigt werden wird. Auf der Baustrecke am Südring Neukölln bis zur Grenzallee sind die Arbeiten in erhöhtem Maße in Angriff genommen worden. Zurzeit schlagen zwei Rammen in doppelter Schicht die eisernen Rammträger für die Baugrubenaussteifung und es wird zu gleicher Zeit die provisorische Fahrbahnbedeckung, welche die spätere Bauarbeiten für den Straßenverkehr überbrückt, hergestellt. Die hier zu fördernden Bodenmassen, die sich auf etwa 130 000 Kubikmeter Boden belaufen, sollen zum größten Teil zur Aufschüttung des Industriegebietes in Neukölln verwendet werden. Auch diese Arbeiten werden bei nicht all zu strenger Kälte einer großen Anzahl von Arbeitern den ganzen Winter hindurch Arbeitsmöglichkeit geben. Von der Bauverwaltung wird mit größter Energie darauf hingearbeitet, den Baubetrieb vorwiegend mit Rotstandsarbeitern zu unterhalten. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß bei der Eigenart des Untergrundbahnbaues, welcher neben der Abfuhr von Grundwasser die Sicherung der in der Nähe stehenden Häuser erfordert, nicht immer Rotstandsarbeiter beschäftigt werden können und speziell für die zum Teil recht umfangreichen Unterführungen von Häusern gut geübte Stammarbeiter herangezogen werden müssen.

Der neue Bahnhof Hennigsdorf.

Am 15. Dezember ist an der vom Stettiner Bahnhof nach Köpenick führenden Vorortstraße der neue hochgelegte Bahnhof Hennigsdorf mit den gleichfalls hochgelegten Anschlußstreifen in Betrieb genommen worden. Damit wird der alte, zu kleine Bahnhof ausgeschaltet. Der infolge der Anlage der Lokomotivfabrik der U.G. und des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf mit den dazugehörigen Siedlungen rasch angewachsene Ort erhält einen seiner Verkehrsbedeutung entsprechenden, neuzeitlich eingerichteten Bahnhof mit weitgehenden Erweiterungsmöglichkeiten. Mit der Beseitigung dieses Bauabschlusses, der sehr umfangreiche und schwierige Arbeiten, wie die Heranschaffung von 530 000 Kubikmeter Erdmassen aus etwa 6 Kilometer Entfernung, die Befestigung dreier verkehrreicher Straßenübergänge in Schienenhöhe durch weitgespannte eiserne Ueberbrückungen, die Anlage breiter Ventilentunneln sowie sonstiger Baulichkeiten für den Betrieb und Verkehr, erforderlich ist, ein weiterer bedeutsamer Schritt zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an dieser Strecke getan. Für dieses Werk, das einer großen Zahl von gelerntem und ungelerten Arbeitern Beschäftigung geboten hat, mußten rund 25 Millionen M. aufgewendet werden. Weitere erhebliche Mittel wurden daneben für die Einführung des elektrischen Betriebes auf dieser Vorortstraße verausgabt, der im Anschluß an die Hochlegung des Bahnhofs Hennigsdorf voraussichtlich am 1. März 1927 eröffnet werden soll.

Er wartet noch heute . . .

Die Unterschlagung eines Personalausweises beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Am 16. d. M. erschien bei einem Autoverleiher in Halensee ein etwa 35 Jahre alter „Dr. Hans Kroger“, stellte sich als Generaldirektor eines Fabrik- und Lackwerkes in Hamburg vor und gab als Wohnung „Hamburg, Behmweg 47“ an. Zunächst bestellte er einen Wagen für einen ganzen Tag. Am anderen Tage aber erklärte er den Wagen nur auf zwei Stunden zu brauchen, und wählte einen „Zweifäher“, einen dunkelblauen „Citroen“-Wagen mit schwarzem Kunstlederbezug, elektrischem Licht, der Erkennungsnummer I. A. 28 434 und der Rotornummer 22 277, im Werte von 3800 M. Als Sicherheit gab er einen Scheck der Dresdner Bank in Hamburg über 100 M. Der Verleiher wartet noch heute vergeblich auf die Rückkehr des selbstfahrenden Kunden. Dieser hat den Wagen wahrscheinlich längst irgendwo in Berlin lombardiert oder verkauft. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß ein Mann unter dem angegebenen Namen früher einmal in Hamburg gewohnt und auch ein Bankkonto gehabt hat, das aber längst erloschen ist. Von daher besitzt er noch das Scheckbuch. Mitteilungen über den Verbleib des Wagens und des Selbstfahrers an Kriminalkommissar Seinemeyer im Polizeipräsidium.

v. Oppen legt Verurteilung.

In voriger Woche verurteilte das Potsdamer Schöffengericht den früheren Oberleutnant Baron Hermann v. Oppen wegen Untreue, Betrug und schwerer Urkundenfälschung zu zwei Jahren Gefängnis mit Bewährungsfrist. Gegen dieses milde Urteil hat v. Oppen auch noch Berufung eingelegt. Die Potsdamer Strafkammer wird sich nun mit diesem Fall noch einmal zu beschäftigen haben. Man kann gespannt sein, ob der Vorliegende der Strafkammer von den Rechtsvertretern gleichfalls Schmelzpflicht über die Auslagen verlangen wird.

Das Arbeiter-Kultur-Kartell feiert die diesmalige Jahreswende in einer besonderen, dem proletarischen Gedankentum entsprechenden Form. Es ist stattdessen nicht in der üblichen Weise in Lokalen, sondern draußen in den Anlagen des Kreuzberges. Im Rahmen eines eigens für diesen Zweck von Bruno Schönlank geschriebenen Sprechwortes wird die Stunde der Jahreswende symbolisch gefeiert werden. Es wirken mit: der Sprecher für Proletarische Feiern unter Leitung von Albert Florath und Heinrich Witte, ein Blasorchester unter Leitung von Jascha Horenstein und der „Gemischte Chor Groß-Berlin“. Preis der Karte 50 Pf. Karten für alle Veranstaltungen sind zu haben im Ortsausgang des KOB, Engelstraße 2/3, in den Bureaus der Verbände, im Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, Labakortier G&G, Inselstraße 6, Zigarrengeschäft Harsh, Engelstraße 24/25, „Vorwärts“-Buchhandlung, Lindenstraße 2, bei den Bildungsstellen der Kreise und Abteilungen, in den „Vorwärts“-Expeditionen.

Ein Dämon.

Ein gefährlicher Erpresser.

Als die Frau eines Postkutschers am 12. Oktober d. J. von einem Ausgange heimkehrte, fand sie ihren Mann mit dem Gas Schlauch im Munde tot vor. Auf dem Tisch lag ein Abschiedsbrief folgenden Inhalts: „Liebes Ursechen! Ich habe meinem Leben ein Ende gemacht. Ich konnte es nicht länger ertragen, denn ich bin in Erpresserhände gefallen. So einer war der Franz Berger. Er war schon wieder da und hat von mir 200 M. verlangt, indem er mich auch mit dem Revolver bedrohte. Er will wiederkommen. Mein letzter Wunsch ist: Wenn er wiederkommt, nehme ihn fest. Ich habe schwere Qualen erduldet. Lebe wohl, mein liebes Ursechen. Ich bin unschuldig.“ Am Abend fand sich tatsächlich ein junger Mann vor der Wohnung ein, der sich Franz Berger nannte und ein Scheintud angeblich übergeben wollte. Er wurde von der herbeigeholten Polizei festgenommen und stellte sich als der 20jährige Kellner Alois Dämon heraus.

Dieser hatte sich nun unter der Anklage der Erpressung und Bedrohung mit Mord vor dem Schöffengericht Mitte unter Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Steinhaus zu verantworten. Wie die Verhandlung ergab, muß ein verhängnisvoller Zufall den Verstorbenen mit Dämon in Verbindung gebracht haben. Dieser ist nämlich trotz seiner Jugend einer der gefährlichsten Erpresser aus den Kreisen der männlichen Prostituierten. Er ist ein schwächlicher blauer Bürsche, den man nach seinem Äußeren für einen harmlosen Menschen halten könnte, wenn dem nicht sein verschlagener Blick und sein Ausreten Lügen spräche. Dämon hat eine böse Vergangenheit hinter sich. Die Kriminalkommissare Jaap und Kehler wußten viel von der Gefährlichkeit dieses Bürschens zu erzählen, der mehrfach Männer auf der Straße angesprochen und verhaftet hatte, sogar bis in die Privatwohnung und das Geschäft. In diesen Fällen hatten die Verfolgten sich aber nicht einschüchtern, sondern den Bürschchen festnehmen lassen. Wenn J. sich vertrauensvoll an uns gewandt hätte, so meinten die Kriminalisten, so wäre er wahrscheinlich am Leben geblieben. Der Angeklagte versuchte es so darzustellen, als ob er J. in einen Spielklub eingeführt habe und ihm dort nach Verlusten im ganzen 800 M. geliehen hätte. Das Geld habe er zurückverlangt. Auf den Vorbehalt, daß die Briefe etwas ganz anderes sagten, kam der Angeklagte mit dem „Dreh“, daß vor der Frau die Spielverluste verschleiert werden sollten. Er bestritt auch die Bedrohung mit dem Revolver, da er nur eine Schenke besessen habe. Die Witwe des Verstorbenen schilderte unter Tränen, daß sie nicht den geringsten Anhalt dafür habe, wie ihr Mann mit dem Jungen in Verbindung gekommen sein könne. Doch er gespielt habe, glaube sie nicht, denn er sei nie abends oder nachts, außer wenn er Dienst hatte, weggeblieben. Von der Postbehörde ist J. das Zeugnis eines einwandfreien Beamten ausgestellt worden. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Seidenplaner bezeichnete den Angeklagten als einen der gemeinsten Erpresser, der den Tod des unglücklichen Mannes auf dem Gewissen habe. Er beantragte drei Jahre Zuchthaus und vier Jahre Ehrverlust. Nach längerer Beratung hielt das Schöffengericht den Angeklagten im Sinne des Strafantrages schuldig. Das Gericht mußte sich aber von Landgerichtsdirektor Steinhaus gegebenen Urteilsbegründung freimachen von dem berechtigten Absehen vor der Verurteilung des Angeklagten, der zu der erbärmlichsten und verächtlichsten Sorte von Menschen zähle. Es war auf seine Jugend Rücksicht zu nehmen. Deshalb wurde nicht auf Zuchthaus erkannt, sondern es wurden ihm mildernde Umstände ausgestellt. Er muß aber aus erzieherischen Gründen auf längere Zeit hinter Gefängnismauern verschwinden. Daher hat das Gericht auf zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust erkannt. Zwei Monate wurden auf die Unterhofschaft angerechnet. Mit dem milden Urteil war der Angeklagte keineswegs zufrieden und erklärte, daß er Berufung einlegen werde.

Ein neuer Heilapostel.

Der König ist tot, es lebe der König! Schon hat der verstorbene Heilapostel Coué, dessen Methode auf der optimistischen Behauptung ruhte „Mir geht es schon bedeutend besser“, einen Nachfolger gefunden. Karl Hagendorf, der neue Messias, sprach im Meisterchor vor einer kleinen Schar Gäste über seine Heilmethode. Er will mit gutem Empfinden, das in Worten und liebevollen Handbewegungen seine Ausstrahlung findet, den Heilfaktor für alle Krankheiten, ja noch mehr, für ein Verhüten jedes Krankwerdens und unumkehrte Verlängerung der Lebensdauer gefunden haben. Wo die Wissenschaft kann einpöden! Natürlich glauben diese Seelenärzte an ihre Mission und deren Heilkraft festhalten, und dieser Glaube verleiht sie in eine Art Autosuggestion, die sie auf die Schäflein ihrer Umgebung zu übertragen suchen. Hagendorf hatte seine geheilten Patienten als lebende Referenz gleich mitgebracht; sie sollen ihm bezeugen, seine Lehre in die weite Welt zu tragen. Glaube macht bekanntlich selig, und es hat ja zu allen Zeiten solche Menschen gegeben.

Eine Proletarische Feiernunde des Arbeiter-Kultur-Kartells Groß-Berlin findet am Sonntag, den 28. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße, statt. „Weihnacht-Freudestag“ ist der Gesamttitel dieser Feiern. Es ist ein Sprechchor mit Musik, Gesang und Tanz von Franz Reihenseider. Die Musik — mit Ausnahme der Begleitung

Funkwinkel.

Im Gegensatz zu Margarete Gaemmerer und ähnlicher hausfraulichen Stützen der Funktunde spricht Dia Wisse sehr vernünftig über „Die moderne Braut“, endlich ein guter Beitrag in dem Refort „Frauenfragen und Frauenfragen“. Auch die mondäne Vögelin diesmal. Die kulturgeschichtliche Studie, die Dia Wisse entwirft, der Vergleich der modernen Frau mit der von gestern sind geklärt und klar in ihren Gedanken. Auch die „Funktunftschrift“ Lucie Marne im vermeintlich belanglose Dinge. Sie liest mit stiller Einfachheit die beiden entzückenden Andersen'schen Märchen „Der Lanzenbaum“ und „Zwölf mit der Post“. Am Abend dann der interessante Vortrag des Oberingenieurs Siegfried Hartmann über „Technische Fortschritte im Jahre 1926“. Hartmann bezeichnet dieses Jahr als das Revolutionsjahr der Technik, da von hier aus durch die Erfindung der Kohlenvergasung und -erdung ein neuer Abschnitt in der Gesamtwirtschaft der Welt beginnt. Gustav Hochstätter ist in seiner Plauderei „Was wünschen Sie zum Fest?“ mit mehr Einfällen begnadet als sonst, und der „Bunte Abend“ bringt hauptsächlich Bruchstücke aus Winterbergs neuer Operette „Der Trompeter vom Rhein“, mit Bronsgeest, Helmut Krauß, Elise Anepel und Josefina Klein als Solisten. Bronsgeest ist in der Höhe behindert, und die Stimme von Helmut Krauß kommt im Rundfunk zu keiner besonderen Wirkung, dagegen singt Elise Anepel sehr kläglich. Die Musik, soweit aus diesen Bruchstücken aus das Ganze gelassen werden kann, hat unbedingt Einfälle und schöne, langsame Melodien. Am stärksten ist sie im Tänzlichen. Das Walzerduett „Wir Mädels vom Rhein“ und die Gavotte „Alles in der Welt ist doch nur Illusion“ sind sprüherd in der Melodie, aber die Partien des Temperaments scheitern stark mit Sentimentalität überzogen zu sein. Bereits das Walzerduett „Wenn jede Frau“ kommt kaum über eine schmachtende Haltung hinaus, und die Erzählung erinnert an den Trompeter von Kehlens Gnaden und an verstaubte Salonstücke, ein Interner jedoch beweist, daß Winterberg zu den wenigen modernen Operellenkomponisten gehört, die die Instrumentation beherrschen.

zu den Tänzern — M. von Wolfgang Jeller, der auch das Orchester dirigiert. Die Gesamtleitung hat Albert Florath. Die Tänze werden ausgeführt von Gudrun Hildebrandt und ihren Schülerinnen. Die vorstehenden Tänze sind im 1. Teil: „Schicksal“, im 2. Teil: „Frühling und Frühlingslust“. Figuren: Dichter — Heinrich Witte, Frau — Elise Wagner, Alter Mann — Walter Berner, Junger Mann — Wolf Trup, Kriegskrieger — Heinrich Witte, Blindenführer — Wolf Trup, Geiger — Walter Berner, Dirne — Elise Wagner, ein Laternenständer — ein Ziehharmonikaspieler, ein blinder Mann, Kinder des Sprechchors, der Sprechchor für Proletarische Feiern. Der Eintrittspreis beträgt 1 M.

Die täglichen Verkehrsunfälle.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern nachmittag an der Ecke der Hermann- und Erfurter Straße zu Neukölln. Beim Ueberfahren des Fahrbahnes wurde der 11jährige Arbeiter Albert Bergemann aus der Reichsstraße von einem Geschäftszug überfahren und schwer verletzt. B. fand im Budower Krankenhaus Aufnahme. Vor dem Hause Friedrich-Ebert-Str. 17 wurde der 52jährige Kaufmann Alfred Flach aus der Freiherr-vom-Stein-Str. 9 von einer Kradfahre überfahren. Mit schweren inneren Verletzungen wurde F. in das Elisabeth-Krankenhaus übergeführt. Beim Spielen auf der Straße wurde der 11jährige Schüler Heinz Schröpfer aus der Bismarck-Straße 9 am Helsingforsker Platz von einer Kradfahre überfahren und schwer verletzt. S. wurde in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht — Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Dungenwagen und einem Straßenbahnwagen der Linie 27 kam es vor dem Hause Hermannstraße 66/67. Der 11jährige Ruffler August Dallow aus der Friedrichsburger Straße mußte schwer verletzt in das Budower Krankenhaus geschafft werden.

Eine längere Verkehrsstörung, die sich sehr empfindlich auswirkte, entstand gestern nachmittag um 4 1/2 Uhr durch Aufbruch eines Straßenbahnwagens der Linie 48 am Kottbuscher Platz. Erst um 4 1/2 Uhr war das Verkehrshindernis durch eine größere Arbeiterkolonne der Straßenbahn, die mit einem Hilfsgerätemotor erlähmt war, beseitigt. Der gesamte Straßenbahnverkehr mußte umgeleitet werden.

Selbstmord auf Bahnhof Friedrichstraße. Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern abend gegen 10 Uhr auf dem Stadtbahnhof Friedrichstraße ab. Ein jüngerer Mann, der gerade den Zug verlassen hatte, zog plötzlich eine Selbstadepistole hervor und brachte sich einen Schuß in die Herzgegend bei. Der Selbstmörder, ein 24jähriger Kaufmann Bruno R. aus der Gubener Straße, wurde durch einen Wagen des Städtischen Rettungsdienstes zu der nahegelegenen Klinik in der Siegelstraße geschafft, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Der neue Leiter der „Demog“. In Stelle des zum Stadtbaurat von Berlin gewählten bisherigen Leiters der Demog, Prof. Dr. Wohnungsfrage H. G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter (der gemeinwirtschaftlichen Zentralstelle der freien Gewerkschaften und Genossenschaften für das Kleinwohnungswesen), Dr. Ing. Martin Wagner, ist in einer Sitzung des Aufsichtsrats der bisherige Geschäftsführer der Berliner Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin, Architekt Richard Binneke gewählt worden, der sein Amt bereits angetreten hat. Herr Binneke hat ebenfalls die Redaktion der Zeitschrift „Wohnungswirtschaft“ übernommen.

Winterferienwende der SPD. Im großen Festsaal der Kauen Bell. Hofenbeide, am Dienstag, den 28. Dezember. Mitwirkende: Der junge Chor, Dirigent Heinz Tessen. Die Solistengruppe der Kauen Oper, Opern Ensemble mit ihrer Kinderchorgruppe. Hans Arons, Gella, Kurt Stabenack, Vogel, Alfred Beierle, Kapellmeister. Am Klavier: Dr. Felix Glühner. Ansprache Reichstagspräsidenten Jenosse Paul Löbe. Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Eintrittskarten 60 Pf. für zwei Veranstaltungen 1 M., in den „Vorwärts“-Expeditionen, Redarstraße 2, Siegfriedstraße 28/29, und an der Abendkasse.

Das 2. Arbeiter-Sinfonie-Konzert findet am Dienstag, den 28. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Philharmonie mit dem Philharmonischen Orchester, unter Leitung von Jascha Horenstein, veranstaltet vom Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin, statt. Programm: 1. Brandenburgisches Konzert Nr. 3 Joh. Seb. Bach. 2. Sinfonie in C-Dur (Jupiter) W. A. Mozart. 3. „Pacific 231“ Arthur Honegger. 4. Teil Gulenkriegs lustige Streiche Richard Strauß. Eintrittspreis 1,50 M.

Schorff's Chragraber, der bekannte Veranstalter Münchener Original-Bergungsstätten, ist wieder in Berlin und hat diesmal sein Lager im Lunapark aufgeschlagen. Es ist alles wieder da und es ist alles noch beim alten! Die Münchener Duld mit echt Münchener Inventar, boarische Waden, Baum in Lederhosen, ausgezeichnete Schuhplattler, eine Kapelle, die viel Kabarett und eine Anzahl von Ständen zum Würseln, Schiefen, Fortschleppen, ein Karussell usw., alles mit bayerischer Originalbelegung. Dazu Münchener Rude und süßiges „Münchener“. Vom 1. Weihnachtstages ab ist außerdem täglich großer „Münchener Karneval“. Schorff's steht mit seinem Motto: großer Jubel, großer Trubel mit Humor, wie nie zuvor, nicht zuviel versprochen zu haben.

Auftrag der Fürstentumskasse. Im Anwesenheit der vorliegenden Nummer veröffentlicht die Deutsche Rentenbank eine Bekanntmachung, die den Kausal und die Eingabe der Fürstentumskasse vom 1. November 1923 zum Gegenstand hat.

Freitags-Gemeinde. 1. Predigt, vorm. 11 Uhr, Wuhlfeld 15, Predigttrag des Herrn C. Wittmann: „Die Nacht in unserer Welt“ (Aldert, Weize, Gels). 2. Jeder eine Worte (Aldert, Gels). 2. Predigttag: Herr Dr. M. Weize, „Verbotene Literatur“. Gäste willkommen.

Goldne Taten sind mehr wert als goldne Worte.

Eine Kopfwäsche wöchentlich mit „Pixavon“ fördert die Gesundheit und Schönheit des Haars mehr als hundert Schriften, Vorträge und Ratschläge über Haarpflege und Haartracht. Durch die Pixavon-Pflege wird das Haar seidenweich und geschmeidig. Voraussetzungen für die geschmackvolle Bubifrisur.



Keine der gewöhnlichen süßigen Haarwäschen hat auch nur annähernd die Wirkung von Pixavon. Bestehen Sie fest auf „Pixavon“ (nur in geschlossenen Originalflaschen), sowohl für die häusliche Haarwäsche, wie auch für die im Friseursalon.

Fordern Sie kostenlos von uns Abbildungen neuer Bubenhopschnitte für Winter 1926. LINGNER-WERKE Dresden

Der Lohnanteil in der Landwirtschaft.

Eine verdienstvolle Untersuchung des Deutschen Landarbeiterverbandes.

Die Untersuchung des Lohnanteils an den Produktionskosten war immer von sehr erheblicher Bedeutung. Bis vor nicht allzu langer Zeit waren diese Untersuchungen allerdings eine ausschließliche Privatkapitalistische Angelegenheit bei der Feststellung der Selbstkosten und in der Durchführung der Kalkulationen, um in die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Betriebe einen klaren Einblick zu erhalten. Je stärker die privatkapitalistische Gesellschaft sich kapitalmäßig konzentrierte und in Verbänden organisierte, um so größer wurde die Bedeutung solcher Untersuchungen aber auch für ganze Industriezweige und die sozialpolitischen Kämpfe, die von der Arbeiterschaft zu führen waren. So wenig an sich diese Kämpfe eigentlich durch theoretische Argumente verhindert oder gefördert werden können, so spielt doch die öffentliche Meinung eine immer größere Rolle bei diesen Kämpfen. Die öffentliche Meinung aber für oder gegen die kämpfenden Parteien Stellung nehmen zu lassen, erfordert eine sachliche

Information der Öffentlichkeit

darüber, wie sich die gegenwärtigen Interessen der Kämpfenden zahlenmäßig in der Betriebsrechnung der Gewerbezweige darstellen. Zweifellos ist, daß sich die Öffentlichkeit immer für eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität in den einzelnen Gewerbezweigen gewinnen lassen und einsehen wird. Außerordentlich schwierig aber ist für die Öffentlichkeit die Unterscheidung zwischen privatwirtschaftlicher Rentabilität und volkswirtschaftlicher Produktivität. Immer wird der privatkapitalistische Unternehmer nur das als produktiv anerkennen, was seinen privatkapitalistischen Reinertrag erhöht, auch wenn dieser Reinertrag nur durch Senkung der Löhne gesteigert werden kann. Auf der anderen Seite ist es schon heute kein Problem mehr, daß die volkswirtschaftliche Produktivität im großen und ganzen nur gesteigert werden kann, wenn im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung der Lohnanteil noch stärker steigt als der Gewinn, den der private Unternehmer erzielt.

Das gilt, obwohl für die Landwirtschaft teilweise andere Betriebs- und Entwicklungsgehalte gelten, als für die Industrie und den Handel, im ganzen auch für das landwirtschaftliche Gewerbe. Die Landwirtschaft ist für den sozialpolitischen Kampf recht eigentlich im letzten Jahrzehnt erst entdeckt worden. Auf der anderen Seite ist die sozialpolitische Kampfführung in der Landwirtschaft ganz besonders veranworlich, eben weil in ihr andere Gesetze gelten, als in der Industrie. Die Einsicht in die Produktivität und Rentabilität der Landwirtschaft ist heute überdies sehr erschwert. Wie die letzten Jahre gezeigt haben, war die Inflation mit ihrer enormen Zerstörung von Hypothekenschulden nicht nur eine bedeutende Entlastung für den Landwirt, sondern auch, weil die Beschaffung neuen Betriebskapitals nur sehr schwer und unter teuren Bedingungen möglich war, weil der Landwirtschaft vielfach der Absatzmarkt gerade für ihre hochqualifizierten Produkte verknappt worden war, eine erhebliche Belastung. Darüber hinaus hat die Inflation in der Landwirtschaft wie in der Industrie die Kontinuität der Rechnung unterbrochen und die Feststellbarkeit der Rentabilität erschwert. Bekannt ist, wie die Organisationen der landwirtschaftlichen Unternehmer, besonders das Großagrariertum, aus dieser

Unklarheit Kapital zu schlagen

versucht haben. Nachdem sie erst die schrankenlose freie Wirtschaft gefordert hatten, haben sie nach ihrer Wiederherstellung in außerordentlich großem Umfang Staatshilfe verlangt und erhalten, und die maßgebende Organisation, der deutsche Landwirtschaftsrat, hat schließlich gefordert, der Staat habe die Rentabilität in den landwirtschaftlichen Betrieben wieder herzustellen. Eine große Rolle in diesen Kämpfen, die sich heute in der Forderung nach einer weiteren Verschärfung des Zollschutzes der Landwirtschaft übersteigern, hat die Behauptung gespielt, daß die landwirtschaftlichen Löhne um 80 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert worden seien, und daß darin ein wesentlicher Grund der Unrentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe zu suchen sei. Allerdings haben sich alle prominenten Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen gehütet, über die Größe des Lohnanteils an den landwirtschaftlichen Produktionskosten sich genauer zu äußern.

Es ist deshalb ein Verdienst, daß der Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, Genosse Georg Schmidt, in einer Spezialarbeit der Diskussion über den Lohnanteil in der landwirtschaftlichen Produktion eine festere Grundlage gegeben hat. Seine Schrift „Der Lohnanteil in der Landwirtschaft“ (in der Sammlung „Gewerkschaften und Wirtschaft“, Herausgeber Kurt Heine, Verlagsgesellschaft des ADGB) geht aus von einem Grundgesetz Professor Verebovs, den dieser in seiner allgemeinen landwirtschaftlichen Betriebslehre ausgesprochen hat: Erst wenn die Menge von Naturalien, die der Landwirt für den gezahlten Lohn verkaufen müsse, oder richtiger noch, wenn der Anteil des Landes wächst, den der Landwirt zur Entlohnung des Arbeiters benutzt, steigen die Opfer,

die der Landwirt für diese Entlohnung zu bringen hat. Werde diese Menge bzw. Fläche kleiner, so sinke das Lohnkonto und steige unter sonst gleichen Verhältnissen der Reinertrag des Betriebes. In diesem Grundgesetz wird ausgesprochen, daß die nominelle Steigerung des Lohnanteils für die Rentabilität nicht entscheidend ist. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten, die wegen der Teilung der in der Landwirtschaft gezahlten Löhne in Barlohn, Deputate und Naturalien für die Feststellung der Löhne bestehen, kam Schmidt zu

eindeutigen und wichtigen Ergebnissen.

Danach betrug der Gesamtstundenverdienst Mitte Januar 1926 in der Provinz Schlesien 28,01 Pfg. (niedrigster Durchschnittslohn), in der Provinz Westfalen 46,08 Pfg. (höchster Durchschnittslohn). In Roggenpflanzungen umgerechnet betragen die Lohnkosten pro Stunde im Durchschnitt der erfaßten Provinzen

	pro Pfd.
im Jahre 1918 3,40 Pfd. Roggen bei einem Preise von 8 Pfg.	7,5
Dezbr. 1925 4,83	8,5
August 1926 3,62	9,8

Der Vergleich zwischen 1913 und 1926 ergibt eine Differenz von 0,22 Pfg. Roggen, um den die Lohnkosten gegenüber 1913 gestiegen sind. Die Löhne liegen mit anderen Worten nach dieser Berechnung etwa 6 Proz. über den Vorkriegslohn, keinesfalls aber 100 Proz., wie behauptet worden ist. Auch bei den sogenannten „Aechten und Röhren“ liegt das Verhältnis keineswegs so, wie die landwirtschaftlichen Wortführer behaupten. Während sich die Entlohnung der männlichen Hilfskräfte für das ganze Jahr 1913 auf 4481 Pfund Roggen berechnen läßt, ergibt die Rechnung für 1926 nur die minimale Steigerung auf 4599 Pfund. Bei den weiblichen Kräften ergibt sich eine Steigerung von 1926 auf 3398 Pfund Roggen. Diese Berechnungen sind durchgeführt auf Grund jener Ziffern, die von den landwirtschaftlichen Arbeitgeberorganisationen bzw. wissenschaftlichen Bearbeitern der Frage festgestellt worden sind. Was die Sarentlohnung anbelangt, so ergibt sich im Höchstfalle eine Steigerung um 12 bis 20 Proz.; bleibt also noch beträchtlich hinter der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung zurück.

Von besonderem Interesse aber ist eine Feststellung, die die Schrift des Genossen Schmidt gewissermaßen nur anhangsweise macht, weil es sich hier um eine eigene Untersuchung des Deutschen Landarbeiterverbandes handelt. Danach haben die

Buchführungsstellen der ostpreussischen Landwirtschaftskammer

für das Wirtschaftsjahr 1924/25 einen Betriebsverlust von 66,20 M. pro Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche errechnet. Weiter wurde behauptet, daß an dem Betriebskostenaufwand für einen Hektar die Vorkasse und Gehälter mit 56,37 M. und das Getreideprodukt mit 27 M. beteiligt seien. Die Nachprüfung führte nun zu einem überraschenden Resultat. Sie erfolgte durch den Deutschen Landarbeiterverband in 35 Großbetrieben mit einem Flächenareal von 2331 Hektar. Zugrundegelegt wurden die von den Krankenkassen festgestellten Arbeiterzahlen und der sich aus dem Tarifvertrag ergebende Lohnsatz. Das Ergebnis lautet: Die Ausgaben für Gehälter und Löhne belaufen sich nicht auf 56,37 M. pro Hektar, sondern für den Kreis Gerdauen auf 35,60 M., also um 21 M. weniger, und für den Kreis Wehlau auf nur 33 M., d. h. um 23 M. weniger. Der durchschnittliche Deputatslohn erreicht bei Zugrundelegung eines Roggenpreises von 11 M. pro Zentner im Kreise Gerdauen die Höhe von 22,20 M. und im Kreise Wehlau die Höhe von 23,80 M., gegenüber 27 M., die die ostpreussische Landwirtschaftskammer festgestellt hatte. Die Buchführungsstellen haben demnach bedeutend höhere Beträge errechnet, als in Wirklichkeit verausgabt wurden und wenn bei den sonstigen Ausgabenposten ähnlich verfahren worden ist, dann sind allerdings Betriebsverluste in der errechneten Höhe wahrscheinlich, können aber für die Beurteilung der tatsächlichen Rentabilität nichts mehr beweisen. Die Schrift des Genossen Schmidt beweist, daß von einer großen Steigerung des Lohnkontos in der Landwirtschaft nicht die Rede sein kann und daß, wo die Rentabilität ungenügend ist, die mangelnde Rentabilität durch die Entwicklung der Löhne gegenüber der Vorkriegszeit nicht verursacht sein kann.

Ran wird daher als das Ergebnis dieser Untersuchung feststellen dürfen, daß das Argument der landwirtschaftlichen Wortführer, die außerordentliche Lohnsteigerung für die landwirtschaftliche Arbeitskraft mache die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe unmöglich und zwingt zu einer besonderen sozial- und wirtschaftspolitischen Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft, aus der öffentlichen Diskussion verschwinden muß. Das ist ein Ergebnis, das um so höher veranschlagt werden muß, als seine Feststellung durch den Verband der deutschen Landarbeiter erfolgte, der im Kampf um die Information der öffentlichen Meinung aus eigener Kraft das leistete, was die offiziellen und offiziellen Körperschaften festzustellen bisher sorgfältig vermieden haben.

Die Kalipreiserhöhung beschlossen.

Die Vertreter der Landwirtschaft stimmen dafür.

Der Reichstagsrat beschloß unter Stimmenthaltung der Arbeitnehmer und Angestellten eine Erhöhung der Kalipreise im Durchschnitt um 9,51 Proz. mit Wirkung vom 23. Dezember 1926. Die Verteilung der Erhöhung erfolgt so, daß die Preise einzelner Salzsorten mit geringeren, anderer mit höheren Zuschlägen festgesetzt sind. Der Reichswirtschaftsminister hat diesen Beschluß nicht beanstandet. Die Folge des Beschlusses war eine scharfe Haufe der Kalkulationen an der Börse. Deutsche Kalwerke sprangen von 122,75 auf 131,87 Proz., Salzbesitzer von 189,0 auf 200,50 Proz., Wärsersleben von 152,50 auf 163,0 Proz.

Von der Verantwortung zur Geschäftsführung ist ein weiter Weg. Dazwischen liegt ein Mißtrauenspotium des Reichstages. Der verantwortliche Reichswirtschaftsminister, Herr Dr. Curtius, kam im August dieses Jahres zu dem Ergebnis, daß eine Erhöhung der Kalipreise nicht notwendig sei. In klaren Worten stellte er fest, daß bei den in der Kalindustrie nachweisbaren Kosten eine Kalipreiserhöhung keine Zustimmung nicht finden könne. Wir haben gestern festgestellt, daß sich die Lage der Industrie in den letzten vier Monaten verbessert hat. Die Vereinbarungen mit der französischen Konkurrenzindustrie und die Steigerung der Kalieportpreise haben die Erlöse der Industrie beträchtlich gesteigert. Aber Herr Curtius ist inzwischen die Verantwortung übernommen; nur die Geschäftsführung ist ihm geblieben. Der geschäftsführende Minister Dr. Curtius glaubt offenbar Preiserhöhungen zulassen zu dürfen, die der verantwortliche Minister Dr. Curtius vor vier Monaten glaubte beanstanden zu müssen.

Bel der jetzt beschlossenen Kalipreiserhöhung ist aber nicht nur die Haltung des Reichswirtschaftsministers interessant, sondern vor allem die Haltung der Vertreter der Landwirtschaft. Die sogenannten Vertreter der Landwirtschaft im Reichstagsrat haben den Preiserhöhungsanträgen des Kalisyndikats zugestimmt.

Damit werden die Zustände, die im Reichstagsrat herrschen, zu einem öffentlichen Skandal. Es ist dringend notwendig, daß endlich eine wirkliche Vertretung der Landwirtschaft im Reichstagsrat geschaffen wird. Sie besteht heute nicht; denn tatsächlich handeln die sogenannten Landwirte im Reichstagsrat als Händler, die ihr Votum praktisch für hohe Rabatte dem Kalisyndikat zur Verfügung stellen. Hier scheint uns eine Aufgabe für den geschäftsführenden Reichs ernährungsminister zu liegen, der bei anderen Gelegenheiten für die Landwirtschaft so energisch gegen die übrigen Reichsressorts aufzutreten kann. Allerdings nimmt auch die „Deutsche Tageszeitung“ im Streit um die Kalipreise in der Regel eine Haltung ein, daß man sie mit Recht als ein Organ des Kalisyndikats bezeichnen kann. Und wenn die „Deutsche Tageszeitung“ nicht zum Kampf ruft, wagt auch der Reichs ernährungsminister sich nicht zu rühren.

Ueber die Einzelheiten der Preiserhöhung hielten sich bis auf weiteres Ministerium und Syndikat in Schweigen. Jedoch scheint man tatsächlich von einer Preiserhöhung bei den für den Export wichtigen Sorten abgesehen zu haben. Nachdem verantwortliche und geschäftsführende Reichswirtschaftsminister drei Jahre hindurch die ständige Gefesohverletzung durch das Kalisyndikat, die das Kalisyndikat darstellte, gebuddet, wenn nicht gar gebilligt haben, hat man anscheinend jetzt die Gelegenheit benutzt, das Dumping zu legalisieren, wie wir es bereits gestern früh angekündigt haben.

Lohnpolitisch werden die Arbeitnehmer hoffentlich bald die Konsequenzen ziehen. Trotz der Preiserhöhung darf das Kalisyndikat im Frühjahr ein gutes Kaligeschäft erwarten. Die jetzt zustehende Preiserhöhung erlaubt den Kalisyndikatsmitgliedern eine Lohnerhöhung um 45 Proz. Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft der Kalindustrie, die die Preiserhöhung im Interesse der häuerlichen Landwirtschaft auch dann noch bekräftigt hat, als die angeblichen Vertreter der Landwirtschaft längst um ihrer Handelsinteressen willen geneigt waren, sie zu bewilligen, jetzt von dieser Preiserhöhung im eigenen Interesse Gebrauch machen werden.

Der Güterdienst der Reichsbahn.

In der Woche vom 5. bis 12. Dezember ging die Gütermagengestellung der Reichsbahn weiter von 907 200 auf 881 000 zurück. Ueber die Entwicklung seit dem 5. September gibt folgende Tabelle Auskunft.

(In 1000 Stück)

Woche	wöchentlich	durchschnittlich pro Arbeitstag
5. 9.—11. 9.	1928	1928
12. 9.—18. 9.	824,3	775,2
19. 9.—25. 9.	842,2	784,0
26. 9.—2. 10.	848,1	782,5
3. 10.—9. 10.	850,8	785,6
10. 10.—16. 10.	880,9	803,4
17. 10.—23. 10.	901,9	885,2
24. 10.—30. 10.	901,9	841,1
31. 10.—6. 11.	960,1	842,7
7. 11.—13. 11.	900,3	822,3
14. 11.—20. 11.	948,2	806,7
21. 11.—27. 11.	948,4	718,6
28. 11.—4. 12.	939,5	708,4
5. 12.—11. 12.	907,2	731,4
	881,0	702,4

Wie in der ganzen Zeit seit Anfang September liegt auch in der zweiten Dezemberwoche die Tagengestellung noch bedeutend über den entsprechenden Ziffern des Vorjahres. Man wird mindestens abwarten müssen, wie die Ziffern sich im Januar stellen werden, um die Bedeutung der Dezemberziffern für die Entwicklung der Wirtschaftslage einigermaßen würdigen zu können.

Ernst hintergründe oder bloß verschuppelt? Zwischen den Vertretern des Schwertkapitals Deutschlands aller Art herrschen Gegensätze erster Art. Man braucht nur an die Machtkämpfe in der Rüstindustrie, die Stichtoff- und die Kohleverwertungsampfe zu erinnern. So fällt es schwer, eine Mitteilung leicht zu nehmen, nach der Herr Klöner für sich und seine Werke den Austritt aus dem Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und aus dem Verein zur Förderung der gemeinsamen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnamverein) erklärt hat. Begründet wird der Austritt mit den Differenzen zwischen Klöner einerseits, Dr. Böger und Dr. Reusch andererseits über die zukünftige Konjunktur der Schwerindustrie. Die letzteren haben Klöners optimistische Prognose offiziell scharf zurückgewiesen. Ueber solche Meinungsverschiedenheiten streiten sich diese Herren gewiß in der Öffentlichkeit nicht, wenn nicht ernsteste Interessen mitspielen. Welche Interessen Klöner nun verleiht hat, ist noch unklar. Jedenfalls müssen Aktionen gestört worden sein, die es nicht trotzen, daß Herr Klöner aus der Schule plaubert. Daß Herr Klöner über die erfahrene Kritik bloß verschuppelt ist, ist sicher nicht anzunehmen. So wird man Herrn Böger und Herrn Reusch zumi ihren Konzernen in der nächsten Zeit besonders auf die Finger zeigen müssen.

Bierdividenden und Bierpreise. In einem Saale, der mit dem Bilde Wilhelms von Doorn geschmückt war, hielt die Berliner Rindbrauerei unter Leitung des Aufsichtsratsvorsitzenden Abraham eine Generalversammlung ab. Daß der Biervertrieb ein sehr lohnender ist, beweist der Reingewinn von 1 286 231 M., der die Ausschüttung einer Dividende von 18 Proz. auf die Stammaktien, von 20 Proz. auf die Prioritätsstammaktien ermöglicht. Die Gesellschaft kann sich über ihre Gewinne also gewiß nicht beklagen, um so weniger, als bei den 18 bzw. 20 Proz. Dividende gewiß noch die kürzliche Rationierung des Brauerbundes berücksichtigt wurde, keine allzu auffälligen Dividenden zu verteilen. Rindlich mutet die Bemertung des Geschäftsberichts an, daß die Lohnerhöhungen, die in der Brauereindustrie bekanntlich nicht zu Buch schlagen, nicht zu Bierpreiserhöhungen benutzt wurden. Die hohen Gewinne der Brauereien, nicht nur die der Rindbrauerei, zeigen aber auch, daß die für 1927 als Antwort auf die Erhöhung der Biersteuer beabsichtigte Preiserhöhung absolut überflüssig ist. Sollte daraufhin der Ablass sein, so haben sich das die Brauereien nur selbst zuzuschreiben.

Große Auslandsaufträge für Krupp und Hanomag. Nach einer Londoner Meldung haben die südafrikanischen Eisenbahnen der Firma Krupp in Essen und der Hanomag in Hannover einen Auftrag zur Lieferung von 34 Lokomotiven zum Preise von 500 000 Pfund erteilt. Das entspricht einem Auftrag von über 10 Millionen Mark.

Schnelle Zunahme der englischen Steinkohlenförderung. Die englische Steinkohlenförderung kommt in stark steigendem Umfang wieder ihrer Normalproduktion näher. Nachdem sie in der letzten Novemberwoche die Höhe von 2,32 Millionen Tonnen erreicht hatte, stieg sie in der am 4. Dezember beendeten Arbeitswoche auf 3,23 Millionen Tonnen. Die Zahl der tätigen Bergarbeiter erhöhte sich gleichzeitig von 455 034 auf 730 100.

Bekanntmachung

über den Austritt und die Einziehung der Rentenbankscheine zu 5 Rentenmark ohne Kopfbildnis mit dem Ausfertigungsdatum 1. November 1923.

Mit Genehmigung der Reichsregierung rufen wir hierdurch gemäß § 21 der Durchführungsbestimmungen vom 31. Januar 1925 zum Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen (R.G. Bl. II, S. 39) die

Rentenbankscheine zu 5 Rentenmark ohne Kopfbildnis

mit dem Ausfertigungsdatum 1. Novemb. 1923 zu Einziehung auf.

Die aufgerufenen Scheine können bei den öffentlichen Kassen noch bis 31. Januar 1927 in Zahlung gegeben, bei den Kassen der Reichsbank aber bis 14. April 1927 gegen andere Rentenbankscheine oder gegen gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden.

Mit Ablauf des 14. April 1927 werden die aufgerufenen Rentenbankscheine kraftlos, und erlischt damit auch die Umtausch- und Einlösungspflicht der Deutschen Rentenbank.

An Stelle der durch diese Bekanntmachung aufgerufenen Rentenbankscheine gelangen

neue Scheine zu 5 Rentenmark vom 2. Januar 1926 mit dem Kopfbildnis eines Landmädchens mit einem Aehrenbündel

wie solche sich bereits seit 15. Juni 1926 im Verkehr befinden, zur Ausgabe.

Berlin, 20. Dezember 1926.

Deutsche Rentenbank.

ges. Lipp. ges. Szagunn.

Zum Weihnachtsfest
Liefere ich fugenlos

Trauringe

1 Ring 900 gest. (Reinheitsgrad) 7 gr. schwe M. 26,50
1 - 585 - 5 - 14,00
1 - 333 - 4 - 7,00

Preisliste gratis!

512ndig ca. 3000 Stück auf Lager
Gravieren gratis, zum Milneben

Hermann Wiese, Berlin
K. 24, Artilleriestr. 30
W., Passauer Straße 12

Liebe auf den ersten Blick.

Erzählung von Mag Barthel.
(Schluß.)

In jenen Tagen, als Carlos Rina liebte, ging auch in José eine große Veränderung vor. Seine rebellischen Reden wurden immer wilder, ganz finstern wurde sein blattennarbiges Gesicht, unberrührt und verworren seine Gesen und Gebärden. Carlos ließ er ganz links liegen, wie man so zu sagen pflegt. Mit uns fuhr er durch die großen Wälder, besuchte die Fabriken und schloß eine ideale Freundschaft mit dem Koreaner Wang, einem Professor der Philosophie, der nach Rußland gekommen war, um in einem verrückten Englisch für die Freiheit seines unterdrückten Vaterlandes zu werben. Immer waren in diesen Tagen diese zwei Männer zusammen, der koreanische Professor Wang mit dem unbeweglichen gelben Gesicht und den sehr kultivierten Händen, und der Student José mit dem kalten Mund und dem trommelnden Warm einer immer sprunghaftem Rede.

Auch Rina hatte sich in den vier Tagen verändert. Jeder Blick, jeder Seufzer, jeder Ruf und jedes Lächeln löste sie immer mehr aus ihrer jugendlichen Verleumdung. Wie blühte der knabenhafte Mund auf! Die früher so klaren, offenen Augen verschleierten sich, strahlten, wurden mädchenhaft und schienen zu lächeln, so schön waren sie. Am zweiten Tag ihrer Bekanntschaft mit Carlos legte sie auch die Soldatenuniform ab und wir erkannten im ersten Augenblick in der jungen Frau mit der vollen Brust, dem sanften Gesicht und dem schwebenden Gang die einstige Rotgardistin nicht wieder. Im Kampf der Soldaten an der Front verarmlichte sie und wurde geschlechtslos, im Kampf der Geschlechter aber, im Aufruhr des Blutes unterlag und siegte sie zu gleicher Zeit. Ihr Blut wollte erstört werden und in dem Schweiß nach Erlösung war schon die Befreiung und der uralte Sieg da.

Carlos wollte in der Stadt bleiben und uns allein reifen lassen. Da war es José, der eine wütende Rede hielt und Carlos durch uns unverständliche Worte zur Abfahrt zwang. Der letzte Tag brachte noch ein kleines Bankett mit trübenden Reden und rauschender Verbrüderung. Am Abend verließen wir Wpatka. Eine Stunde vor der Abfahrt kam Carlos mit Rina nach dem Wagon. Mein Schlafabteil lag neben dem von Carlos. Diese vier Tage hatten mich sehr erschöpft; ich lag schon im Bett, als die zwei Menschen kamen und hörte nun, ob ich wollte oder nicht, den verzweifelten Abschied Carlos' von Rina. Ich hörte ihr Seufzen, Stimmeln, Weinen und Järlern, die wilde Süßigkeit unendlicher Armungen, das schmerzliche Bergeßen in brennenden Rufen; ich hörte die Urstimme des Blutes, die Rufe des Herzens, den Seufzer der armen Kreatur Mensch: „Ach liebe dich!“ Als Zuhörer erlebte ich die grenzenlose Hingabe zweier Menschen, ihr Lächeln unter Tränen, ihre klopfenden Herzen, ihr flühendes Blut. Und das sage ich euch: da sitzt und seufzte ich mit. Trotz allem Jammer und Kummer beneidete ich Carlos und Rina um ihr Schicksal.

Der junge Pracht stützte die Hände in den Kopf und blieb lange stumm. Auch wir sprachen kein Wort. In unserer Gesellschaft war ein junger Amerikaner, ein gut gewachsenes Exemplar Mensch, das da drüben aus der Baumfischung des alten Europa geworden ist: klar und selbstbewußt, ein wenig hochmütig und voller Ideen über die Führerrolle seines umerischpischen Landes.

„Ist ein guter Film, Mister Pracht,“ sagte er kühl in unser Schweigen hinein, „aber nur bis zum vierten Akt. Hoffe, daß alles alright wird und Rina und Charly ein Paar werden.“

„Rein,“ antwortete Pracht sehr schnell und hob seinen Kopf. „Die Geschichte geht anders aus. Hören Sie gut zu... Von Wpatka aus führen wir in den Ural nach Katerinenburg. Viele und seltsame Dinge haben wir, die Mauer in einem Haus, an der der letzte russische Kaiser erschossen wurde; einen siebzehnjährigen Arbeiter, der als Kind noch leibteigen war — verstehen Sie die Zusammenhänge zwischen dem toten Jar und dem lebendigen Arbeiter, Mister Bell? —, dann haben wir noch Walingraben besucht, Kinderheime, Gefängnisse und ein großes Eisenwerk. Mit Carlos aber war es aus. Zu nichts war er mehr zu gebrauchen. Die schwarzen Augen verloren den Glanz, Gels wurde sein Gesicht. Reden wollte er keine mehr halten, die ganze Welt war ihm zuwider, und nun wurde er wieder wie früher: das farblose Echo seines Freundes José, mit dem er sich auch wieder ausgesöhnt hatte. Nun weiß ich nicht genau, ob er schon damals krank war oder ob er sich nur verstellte: jedenfalls verließ er uns und reiste mit José nach Wpatka zurück.

Über einen Monat hörte ich nichts mehr von den Freunden aus Uruguay. Wir fuhrten nach Sibirien, kamen durch schrecklichen Winter und Schneesturm in den Ural zurück, blieben einen Tag in Slatoust und ratterten über Ufa und Samara über die Wolga nach Moskau zurück. Erst in Moskau knüpfte sich wieder der Faden zu meiner Geschichte von der Liebe auf den ersten Blick.

Da Carlos war im Ural wirklich krank geworden, Fieber hatte ihn überfallen. Dann kam der Typhus. Todkrank kam er nach Wpatka. In seinen Phantasien wimmerte und schrie er nach Rina. Hundert zärtliche Worte gab er ihr, spanische und russische, und wenn er „Rina“ sagte, da wurde sein Gesicht ganz trüblich, sein Herz friedvoll. Der Tod hatte keine Gewalt über ihn.

Auch Rina hatte Carlos nicht vergessen, trotzdem sie ihre Soldatenkleider wieder angezogen hatte. Aber sie war ein schlechter Soldat und trotz der Uniform war sie nur eine Frau. Eine Frau mit einem Herz voller hoffnungsloser Liebe. Als sie nun ihren fiebernden Freund zum ersten Male wieder sah, brach sie lautlos zusammen. Erst am anderen Tage erwachte sie. Aber da war Carlos gestorben.

Da, Mister Bell, jetzt kommt der Filmabschluß: José, der in Wpatka Carlos nur hohle, weil auch er Rina liebte, José blieb zwei Wochen in der Stadt, sorgte für das trante Mädchen, machte sie vom Soldatendienst frei und nahm sie dann nach Moskau mit. Als wir José und Rina trafen, war sie schon keine Frau. Sie ist mit ihm einige Wochen darauf nach Uruguay gefahren.

„Und Carlos?“ fragte der Amerikaner.

„Carlos liegt begraben in der Stadt Wpatka, unweit des Hotels Eremitage, das heißt des Hauses, in dem er das Mädchen Rina zum ersten Male sah und liebte,“ sagte der junge Pracht.

„Ob jung Weib, ob old Frau,“ sagte nachdenklich Mister Bell, „sie sind eines der großen Rätsel auf die Welt, he.“

„No,“ antwortete Pracht. „Das Rätsel Rina hat in Moskau der koreanische Professor der Philosophie, Mister Wang, sehr gut gelöst. Einmal besprachen wir beide den Fall Rina und Carlos, da sagte der Koreaner mit einem absonderlichen Lächeln um den schmalen Mund: „Was wollen Sie, Mister Pracht? Ein Rätsel? O nein. Wissen

Bermersheim.



Bringen Sie Ihren Ochsen in den Stall zurück, Briand, es ist die höchste Zeit!

Rina liebt ihren Freund Charly ewig in seinem Freund José.
„Auch ich glaube, daß es so ist.“
„Also doch ein Film,“ sagte kühl und klar Mister Bell. „Ich werde schreiben das Manuskript und an Choptin senden. Carlos ist eine sehr gute Rolle für ihn. Wenn es sie spielt, wird er sie spielen alright.“

Ein 97-jähriger Gelehrter.

Von Dr. B. Wächter.

Die Botanik ist eine äußerst gesunde Wissenschaft; in Deutschland gibt es etwa ein Duzend Hochschullehrer, die über 70 Jahre alt und dabei noch wissenschaftlich tätig sind. Berlin besitzt sogar über 80-jährige Gelehrte, aber den Vogel schießt doch München ab, das sich rühmen kann, einen fast Hundertjährigen zu seinen Mitbürgern zu zählen. — Am 19. Dezember wurden es 97 Jahre, daß Ludwig Radikofor das Licht der Welt erblickte, und täglich geht dieser Mann noch in sein Institut und arbeitet dort von 10 bis 4 Uhr am Mikroskop und am Schreibisch. Kürzlich erlitt er alte Herr noch einen Unfall, als er die Straßenbahn erreichen wollte, aber schon der nächste Tag sah ihn wieder an der Arbeit.

Die Altersgrenze vermag seinen der alten Herren zur Arbeitseinstellung zu bewegen, und wenn sie auch ihr Hauptwerk wohl vollendet haben und die Geschichte der Wissenschaft sie bereits „registriert“ hat, so staunen wir doch zuweilen darüber, was sie noch zu leisten imstande sind; sie beschämen manchen jüngeren durch ihren Fleiß und ihre geistige Beweglichkeit.

In der Geschichte der Botanik wird Ludwig Radikofor fortleben als derjenige, der als erster einwandfrei die Sexualität der Blütenpflanzen nachwies, als Begründer der systematischen Anatomie der Pflanzen und als Spezialist für die Erforschung der Familie der Sapindaceen, einer ausländischen Pflanzenfamilie.

Daß die Staubgefäße die männlichen und die Stempel die weiblichen Geschlechtsorgane der Blütenpflanzen sind, nahm man schon seit langem an und der berühmte Linné, der Mann, der zum ersten Male Ordnung in die Zoologie und Botanik brachte, benannte schon einige seiner „Klassen“ nach „Männern“ und „Weibern“. Aber die Sexualität war doch immer noch nicht *be w i s e n* und so konnte es sich ereignen, daß Goethe, der bekanntlich einen großen Einfluß auf die botanische Wissenschaft gehabt hat, sich durch den Professor Schöler in Jena bewegen ließ, die eigentliche Sexualität, an die auch er bisher „geglaubt“ hatte, zu leugnen. Er begründete die Ansichten Schölers, weil er findet, daß es doch viel anständiger sei, wenn bei den Pflanzen nicht von einer wirklichen Sexualität gesprochen werden könne; es sei für den Lehrer doch höchst peinlich, zumal wenn er junge Leute und Frauen unterrichte von Geschlecht und Befruchtung anstatt von Verfräuhung reden zu müssen. Er meint, daß das stülpische Gefühl der Jugendlichen und Frauen beleidigt würde. Die ewigen Hochzeiten, die man nicht los wird, wobei die Monogamie, auf welche Stille, Gesetz und Religion begründet sind, ganz in eine vage Luftsternheit sich auflöst, bleiben dem reinen Menscheninn völlig untraglich. Wenn das ein Goethe sagen konnte, dann man doch wirklich weder Priderie noch Philisterei nachzulegen kann, welche Vorstellung müssen damals wohl die kleineren Geister von „Schmutz und Schund“ gehabt haben!

Die sexuelle Frage bei den Pflanzen ließ natürlich die Forscher nicht ruhen und der Lehrer Radikofors, der berühmte Begründer der Zellenlehre, Matthias Jakob Schleiden, ebenfalls Professor in Jena, suchte mit dem inzwischen verbesserten Mikroskop der Frage auf den Leib zu rücken, und ihm gelang es auch, das Problem beinahe zu lösen. Infolge eines Beobachtungsfehlers kam er aber zu der eigentümlichen Vorstellung, daß sich der pflanzliche Embryo aus dem Pollentorn entwickle, woraus er folgern mußte, daß die Staubgefäße eigentlich die weiblichen Geschlechtsorgane seien. Das Verdienst Radikofors besteht nun darin, daß er einwandfrei nachzuweisen in der Lage war, daß der Blütenstaub, der zu einem Schlauch auswächst, die männliche Geschlechtszelle enthält, die das Ei im Fruchtknoten befruchtet. Das war vor nunmehr 70 Jahren, und Radikofors Beobachtungen haben sich als richtig erwiesen. — Unser Forscher wandte sich nunmehr systematischen Studien zu und legte dadurch den Grund zu seiner zweiten großen Leistung. Bisher suchte man die Verwandtschaft der Pflanzen durch Vergleichung ihrer äußeren Organe festzustellen; Radikofor kam nun auf den Gedanken, die innere Struktur, die anatomischen Merkmale für die Pflanzenverwandtschaftslehre nutzbar zu machen, und es zeigte sich, daß sein Gedanke richtig war: verwandte Pflanzen zeigen auch in ihrem anatomischen Aufbau Ähnlichkeit, und so hat sich diese Methode bis heute neben der alten vergleichend morphologischen als äußerst fruchtbar erwiesen. In neuester Zeit ist als dritte Methode die experimentelle hinzugekommen, die auf dem Verholten des Blutsarums beruht. Diesen Fortschritt der Wissenschaft hat unser greiser Gelehrter also auch noch erleben dürfen.

Was nun die Sapindaceen anbetrifft, so geben sich noch heute fast sämtliche Herbarpflanzen dieser Familie aus der ganzen Welt in München ein Stelldichein. Wenn sie dort vergäßen, mit den vorhandenen und beschriebenen sind, wandern sie wieder zurück nach Paris, nach London, nach Amerika oder woher sie sonst gekommen sind. Das Pflanzenmaterial der Welt ist so groß, daß ein einzelner immer nur von wenigen Pflanzen eine genaue Kenntnis haben kann, aber das Spezialstudium auf dem Gebiete der Pflanzenphysiologie ist so gut international organisiert, daß jeder Nachmann weiß, wo in der Welt der geeignete Bearbeiter sitzt. Wenn also ein Forschungsreisender mit einer Wapenladung gesammelter Pflanzen in die Heimat zurückkehrt, dann geht es ans Sichten des Materials, und die Sammlungen werden an die verschiedenen „Monographen“ verteilt.

Die große Masse, selbst unserer sogenannten Gebildeten weiß nichts von der großen Arbeit, die da im stillen in den botanischen

Laboratorien und Museen geleistet wird; sie hält die Botanik für eine „brotlose“ Wissenschaft im Gegensatz zur Chemie und Physik, deren Ergebnisse vor aller Augen sich industriell verwerten lassen. Aber die Zeit liegt gar nicht weit zurück, da man weder elektrisches Licht, Dampfmaschinen, Telegraph und Automobile kannte. Die wissenschaftlichen Grundlagen unserer ungeheuren technischen Fortschritte sind aber auch in stillen Gelehrtenlaboratorien gewonnen worden, ohne daß die Forscher damals geahnt haben, welche Bedeutung ihre Arbeiten noch einmal für die menschliche Zivilisation haben würden. Der große Reitenkater hat einmal gesagt, der Staat könne gar nicht genug Geld für die reine Wissenschaft ausgeben, denn es wird immer eine Zeit kommen, in der das Kapital einmal reichlich Zinsen trägt.

Der Aufdeckung der Geschlechterverhältnisse bei den Blütenpflanzen haben wir es zu danken, daß sich die moderne experimentelle Züchtungslehre entwickeln konnte, und die Ergebnisse dieser Forschungen hat sich die Landwirtschaft in so hohem Maße zunutze gemacht, daß es jetzt keine Schwierigkeit mehr macht, bewußt ein Saatgut mit gewünschten Eigenschaften zu züchten. Daß Radikofor auch diese praktischen Konsequenzen seiner Jugendarbeiten noch erleben durfte, ist ein Lohn, der selten einem Erdischen zuteil wird.

Von bröteliger Wissenschaft zu sprechen sollte also auch der sich hüten, der kein Verständnis für den reinen Erkenntnistrieb hat und dem die Wissenschaft nur Mittel zum Zweck ist. Wie Utopien von gestern morgen zur Wirklichkeit werden, so können auch brötelige Rünkte von heute übermorgen materiellen Gewinn bringen für die menschliche Gesellschaft, und darum ist es gerechtfertigt, auch einmal das große Publikum in die stille Werkstatt derjenigen Gelehrten schauen zu lassen, die scheinbar weltabgewandt ihr Tagewort vollbringen.

Im asiatischen Venedig.

Der Reisende, der die etwa 500 000 Einwohner zählende Stadt Sutschou in der chinesischen Provinz Kiangsu am See Taihu und dem Kaiserkanal besucht — von dem Chinesen wird sie als „irdisches Paradies“ gepriesen —, wähnt sich in ein verkleidetes Venedig verkehrt. „Man hat den Eindruck,“ so schreibt ein Berichterstatter der „Tribuna“, „als habe sich die Königin der Adria für ein großes Kostümstück in Mandarinenten geübt. Brücken überspannen die Kanäle, die Häusermauern umspielt das plätschernde Wasser, ja selbst der Kanal und der Canale Grande fehlen in dem Bild so wenig wie die Gondolieri. Die Ähnlichkeit ist so verblüffend, daß die Chinesen, die nach Italien kommen, Venedig das europäische Sutschou nennen. Das ist ganz richtig. Die Orientalen sehen das Abendland mit demselben Recht vom Standpunkt des Morgenlandes an, wie wir den Orient vom Westen aus betrachten, und deshalb wollen die Chinesen auch bei aller Anerkennung der künstlerischen Ueberlegenheit und der bevorzugten Lage der Berle der Lagunen ihrem, dem asiatischen Venedig den Vorrang gewahrt wissen. Wenn das charakteristische Merkmal Venedigs der Canale Grande ist, so gilt das für den Kanal von Sutschou noch in erhöhtem Maße, sowohl was sein Alter als auch was seine Länge angeht. Als die Bevölkerung des italienischen Festlandes auf der Flucht vor Attila die Inseln der Lagunen noch nicht erreicht und zur Siedlung umgeschiffen hatten, diente bereits der große Kanal Asiens dem Verkehr. Er ist ohne Zweifel die längste künstliche Wasserstraße, die es in der Welt gibt. Er führt von Hangschou nach Tientsin; er ist rund 1500 Kilometer lang und bildet seit Jahrhunderten den einzigen Verkehrsweg für den Handel zwischen Nord- und Südchina. Er ist für Sutschou das, was der Canale Grande für Venedig ist: in ihn münden die kleinen Seitenkanäle, und von diesen wieder zweigen, genau wie in Venedig, die kleinen Flußläufe ab, wenn diese auch in geringerer Zahl vorhanden sind als in der Lagunenstadt.

Aber eine andere Eigentümlichkeit macht Sutschou noch venezianischer: die Gondolieri nämlich. Auch die chinesischen Bootsführer haben die Gewohnheit, ihre Fahrzeuge mit einem einzigen, sehr breiten Schaufelruder durch die Kanäle zu steuern, und an Geschwindigkeit, Zusammenfüße zu vermeiden und mit labilhaftester Schnelligkeit das Boot durch die enge Fahrtrinne zu treiben, stehen die chinesischen Bootsführer hinter ihren venezianischen Kollegen wahrlich nicht zurück. Da Sutschou nun einmal mit dem Namen des „asiatischen Venedig“ behaftet ist, so sind die Reisenden bemüht, auch im einzelnen Ähnlichkeiten zu entdecken. So wird der „Tschiao“, die große Brücke, die als älteste aller Brücken den Hauptkanal überspannt, ohne weiteres mit der Rialto-Brücke verglichen. In der Nähe des Kaiserkanals von Sutschou steht ein uralter Turm, der eine Zeitlang zur Ueberwachung des Kanalverkehrs diente, und der deshalb von den Chinesen noch heute der „Wachturm“ genannt wird. Die Fremden haben in dem merkwürdigen Bemühen, um jeden Preis Ähnlichkeiten mit Venedig festzustellen, sogar nicht gezögert, diesen Wachturm mit — dem Campanile am Markusplatz zu vergleichen, obwohl viel Phantasie und guter Wille dazu gehört, ein in chinesischem Stil aufgeführtes Bauwerk dem Campanile an die Seite zu stellen, der schon durch die Poese der Umgebung eine Ausnahmestellung genießt, was an sich jeden Vergleich hinfällig erscheinen läßt.

Man lernt nie aus.

Neben dem Haus in Stratford, in dem Shakespeare einst gewohnt hat, wurde ein Garten angelegt, der die 300 verschiedenen Blumen enthält, die in des Dichters Werken erwähnt sind.

Die älteste Sternkarte ist in der Pariser Nationalbibliothek. Sie wurde in China 600 Jahre vor unserer Zeitrechnung hergestellt und enthält die Stellung von 1400 Sternen.

Afrika besitzt soviel Äquatorialland wie die anderen Erdteile zusammen.

